

# Die Wolffsohn-Affäre oder: Die Nachwehen der deutschen Vergangenheit

## I. Die Fakten

### 1.

Die Rede ist zunächst von insgesamt drei Abenden, an denen in den Jahren 1984, 1987 und 1991 an der Universität der Bundeswehr München bzw. an einer ihr nahe gelegenen Volkshochschule eine Auswahl von Textstücken aus Hitlers *Mein Kampf* von mir, Inhaber einer Professur für Politische Theorie und Wissenschaftslehre an jener Universität, gelesen und zur Diskussion gestellt wurde.

Zur Vorgeschichte: Seit 1964 hatte ich in unregelmäßigen Abständen immer wieder Lehrveranstaltungen zur Ideologie und Politik des Nationalsozialismus abgehalten, erstmals an der Kölner Universität, später an der Universität der Bundeswehr München, als Vorlesungen und Seminare, auf der Basis von Primär- und Sekundärliteratur, mit Hilfe von Dokumentarfilmen, später auch unter Zugrundelegung literarischer Texte (Dürrenmatt, Frisch, Brecht, Weiss u.a.). Wie zu befürchten war, zeigten die Studenten eine erschreckend große Unkenntnis in Bezug auf Hitlers „Weltanschauung“ und dessen politische und militärische Pläne, wie sie spätestens seit 1925/27 mit der Veröffentlichung der beiden Teile von *Mein Kampf* jedermann zugänglich waren. Nun ist es eine Sache, ob „der Herr Professor“ nachdrücklich empfiehlt,<sup>1</sup> dieses Buch gründlich zu studieren; das hört man ohne Beachtung. Und es ist eine andere Sache, ob dieser selbe Professor eine Lesung aus *Mein Kampf* ankündigt; da geht man hin, sei es auch bloß aus Neugierde. Eben diese Triebfeder wollte ich nutzen, um trotz Leseträgheit bei den Studenten einen Lektüreerfolg zu erzielen.

Bei der ersten, etwa anderthalb Stunden dauernden Lesung am 19. Juni 1984, die in einem Hörsaal meiner Universität stattfand und die, um jedes Missverständnis von vornherein auszuschließen, „zum Gedenken an den 20. Juli 1944“ angekündigt war,<sup>2</sup> waren knapp hundert Studenten anwesend.<sup>3</sup> Obwohl den meisten meine politisch-moralische Position und damit auch die Intention meiner Lesung bekannt waren, stellte ich sie in einer Einleitung kurz vor. Danach las ich Textstücke aus *Mein Kampf*, die ich über Monate sorgfältig im Hinblick auf *meinen Zweck – Anstiftung zu politischem Engagement aus Empörung* – ausgewählt hatte und die einen repräsentativen Teil des Buches, insbesondere zur Rassen- und zur Expansionspolitik, ausmachten. Dabei war ich mir der Fragwürdigkeit meines Versuchs durchaus bewusst und habe es deshalb begrüßt, dass in der anschließenden Diskussion, die ebenfalls etwa anderthalb Stunden dauerte und von meinem Fakultätskollegen, dem Historiker und späteren Präsidenten der Universität, Professor Jürgen v. Kruedener, geleitet wurde, eben dieser Versuch thematisiert wurde. Eine die Lesung selbst oder die Art der Lesung ablehnende Stellungnahme wurde

---

<sup>1</sup> Eine intensive Behandlung des Textes in meinen eigenen Lehrveranstaltungen kam für mich aus curricularen Gründen kaum noch in Frage.

<sup>2</sup> Dazu später Michael Wolffsohn (*Süddeutsche Zeitung* vom 12. Oktober 1992): „Die Texte des Täters als Bestandteil des Trauerzeremoniells für die Opfer? Es wäre ungefähr so, als ob jemand besten Willens nach Jad Waschem [...] ginge und zum Gedenken an die sechs Millionen ermordeten Juden Texte von Adolf Hitler läse.“ (siehe: Michael Wolffsohn, *Verwirrtes Deutschland*, München 1993 (= VD), 217; 223). Offenbar ist Wolffsohn (= MW) nicht imstande zu begreifen, dass man statt mit einem *Trauerzeremoniell* an einer *Trauergedenkstätte* auch mit einer *Aufklärungsveranstaltung* in einem Hörsaal „gedenken“ kann. – Dankenswerterweise hat MW schon sehr bald selber in einem unbegreiflichen Akt der Selbstentblößung sämtliche einschlägigen Dokumente in seinem Buch über ein angeblich verwirrtes Deutschland veröffentlicht (op. cit., S. 193-248), so dass ich mich darauf beziehen kann.

Im Vorwort zu diesem Buch liest man übrigens – mit schauerndem Erstaunen angesichts ihres moralischen Niveaus – die folgende, an Wolffsohns „nichtjüdische Gegner“ gerichtete Äußerung: „Viele von Ihnen haben nationalsozialistisch gesinnte Eltern oder Großeltern. Das ist nicht Ihre Schuld. Aber es ist nicht mein Problem. Meine Eltern und Großeltern standen zwischen 1933 und 1945 auf der anderen Seite. Als Fußmatte für Ihre familienpolitischen und allgemeinhistorischen Nöte stehe ich nicht zur Verfügung.“ Was würde MW wohl empfinden, wenn der so Angesprochene replizierte: „Sie haben jüdische Eltern und Großeltern. Das ist nicht Ihre Schuld (freilich auch nicht Ihr Verdienst). Aber es ist nicht mein Problem. Meine Eltern und Großeltern standen zwischen 1933 und 1945 auf der anderen Seite; und ich habe daher meine eigenen Probleme. Als Fußmatte für Ihre familienpolitischen und allgemeinhistorischen Nöte stehe ich nicht zur Verfügung.“ Die – schon stilistisch misslungene – Rede von „Fußmatte“ sollte allerdings in beiden Äußerungen gestrichen werden. Passender wäre: „als jemand, der Verständnis aufbringt“.

<sup>3</sup> In Seminaren waren es früher nie mehr als 10-15 Teilnehmer gewesen.

dabei nicht abgegeben; vielmehr wurde sogar der Wunsch nach einer Fortsetzung geäußert. Mir selbst allerdings stand wegen der damit für mich verbundenen physischen und psychischen Belastung der Sinn nicht einmal nach einer Wiederholung. Nur auf Drängen eines Absolventen meiner Universität, der bei der Lesung zugegen gewesen und inzwischen Leiter einer benachbarten Volkshochschule geworden war, fand ich mich zu zwei weiteren Lesungen, 1987 und 1991, bereit, bei denen das Publikum abermals fast ausschließlich aus Studenten bestand, denen ich mehr oder weniger lange und gut bekannt war.<sup>4</sup>

Während des gesamten Zeitraums vom Juni 1984 bis zum Januar 1992 ist mir zu diesen Lesungen nur eine einzige „kritische“ Stellungnahme – im nachhinein – bekannt geworden. Ein – mit mir übrigens gut bekannter – Kollege einer Nachbarfakultät meldete im Protokoll seines Fachbereichsrates nicht gegen die Lesung selber, sondern gegen deren Ankündigung „Georg Geismann liest Adolf Hitler. Zum Gedenken an den 20. Juli 1944“ Bedenken an, weil er – wie sich später zeigte, gar nicht zu Unrecht – fürchtete, eine solche Ankündigung könnte von manchen Leuten mit oder ohne Absicht beliebig missdeutet werden. Sollte es vor 1992 jemals auch außerhalb der Universität, insbesondere in irgendwelchen Medien, Stellungnahmen zu den Lesungen gegeben haben, so sind sie mir jedenfalls bis heute verborgen geblieben.

## 2.

Die dritte und letzte Lesung wurde innerhalb der Universität der Bundeswehr angekündigt: „Georg Geismann liest aus Adolf Hitlers *Mein Kampf* und stellt sich anschließend der Diskussion dazu“<sup>5</sup> und fand am 3. Dezember 1991 statt. Zu diesem Zeitpunkt war in der Fakultät allgemein bekannt, dass ich vermutlich, wie es denn auch geschah, am 8. Januar 1992 zum Dekan gewählt werden sollte. In den ersten zwei Wochen nach der Wahl bat ich als Dekan pflichtgemäß meinen Fakultätskollegen MW zweimal um die Erfüllung bestimmter Amtspflichten, denen er nicht nachgekommen war. Daraufhin verfasste MW am 21. Januar ein Schreiben an mich mit Kopie an Präsident, Vizepräsident und alle Professoren meiner Fakultät, in welchem er weitere Verletzungen seiner Amtspflicht ankündigte, nämlich die Fakultät nicht mehr nach außen zu vertreten, an von mir geleiteten Sitzungen nicht teilzunehmen<sup>6</sup> und während meiner Amtszeit die Kommunikation nicht über das Dekanat zu führen. Als Grund gab er an:

„Lesungen aus *MEIN KAMPF* (wo, wie und aus welchen Gründen auch immer<sup>7</sup>) halte ich für höchst problematisch. Sie haben es mehrfach getan. »Seltsamkeiten, Geschmacklosigkeiten<sup>8</sup>, vielleicht auch Provokationen eines Einzelgängers«, hatte ich bislang gemeint. Nun sind Sie zum Dekan unserer Fakultät gewählt worden. Damit stellt sich die Frage der Präsentation und Repräsentation ganz anders. Historische Entkrampfung ohne Entsorgung ist notwendig, ein aus *MEIN KAMPF* lesender Dekan nicht. »*Mein Kampf*« – Mein Dekan? Nein Danke!“

Gleichzeitig behielt sich MW vor, „auch anderen Interessenten gegebenenfalls eine Kopie weiterzuleiten“, womit angesichts des von ihm bereits gewählten Verteilers hauptsächlich „Kreise“ außerhalb der Universität gemeint sein mussten. Trotz oder vielleicht gerade wegen

---

<sup>4</sup> Ein alt- oder neu-nazistischer Typ ist in keiner der Veranstaltungen erkennbar in Erscheinung getreten, und jedenfalls hat sich niemand je als solcher geäußert. Im übrigen glaube ich zwar nicht, dass ich mit meinen Veranstaltungen bei solchen Typen meinen Zweck hätte erreichen können, – aber neue Hitleranhänger sind daraus mit derselben Wahrscheinlichkeit hervorgegangen wie Nachahmer von Cesare Borgia oder Richard III. aus der Lektüre von Machiavelli bzw. Shakespeare.

<sup>5</sup> Im offiziellen Programm der Volkshochschule Neubiberg, in der die Lesung stattfand, lautete die Ankündigung: „Georg Geismann, Professor für Politische Theorie und Wissenschaftslehre an der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München, Neubiberg, zeigt Irrsinn und Gefahr der Ideologie des Nationalsozialismus, indem er ausgewählte Stücke aus Hitlers „*Mein Kampf*“ und anderen Quellen vorträgt und anschließend zur Diskussion stellt.“

<sup>6</sup> Hier drängt sich dem in der deutschen Universitätsgeschichte ein wenig Bewanderten eine merkwürdige Parallele auf. Das preußische Juden-Edikt vom 11. März 1812 hatte in § 8 den Juden die Fähigkeit zuerkannt, auch akademische Lehrämter zu verwalten. Als nun der Jude Eduard Gans sich um eine juristische Professur bewarb, hat der Berliner Rechtsprofessor Friedrich Carl von Savigny, bekannt dafür, kein Freund des Emanzipationsedikts zu sein, jahrelang erfolgreich gegen eine Berufung von Gans agitiert. Als dieser dann aber schließlich 1828 doch zum Ordinarius und sogar in Savignys eigener Fakultät ernannt wurde, erklärte dieser, dass er „an den kollegialischen Geschäften der juristischen Fakultät keinen fernern Anteil zu nehmen gedenke“. Wie sich doch – zum Glück! – die Zeiten geändert haben. Einerseits durfte Savigny aufgrund seines Vertrages eine solche Ankündigung machen, MW durfte es nicht. Andererseits hatte MW gewiss nichts gegen einen Goi als Ordinarius; er wollte nur einige Rechnungen begleichen, was übrigens zusätzlich auch bei Savigny der Fall war.

<sup>7</sup> Hervorhebung von mir.

<sup>8</sup> Siehe auch VD 203.

der krausen „Logik“ und verbalen Unklarheit des Wolffsohnschen Briefes wird man wohl sagen können, dass ich offensichtlich angesichts eines (durch wen oder was genau auch immer) drohenden „Skandals“ zum Rücktritt veranlasst werden sollte, womit dann manche alte „Rechnung“ beglichen gewesen wäre.

In einem späteren Schreiben vom 4. Februar 1992 mit demselben Verteiler erklärte MW seinen Schritt damit, dass ihm am „guten Image des neuen, demokratischen Deutschlands“ und der Bundeswehr gelegen sei. Er sei immer wieder von „Multiplikatoren“ auf meine Lesungen angesprochen worden. „Die Öffentlichkeit“ sei „also schon längst sensibilisiert“. Auch gehe es ihm nicht um meine „subjektive Absicht“, sondern um die „objektive Außenwirkung“.<sup>9</sup>

Am 7. Februar 1992 verabschiedete der Fachbereichsrat in *Abwesenheit* des Dekans unter Vorsitz des Prodekanen eine Resolution folgenden Inhalts:

„Der Fachbereichsrat Sozialwissenschaften nimmt das von Professor Dr. Michael Wolffsohn an den Dekan, Prof. Dr. Georg Geismann, gerichtete Schreiben vom 21. Januar 1992 mit Entrüstung zur Kenntnis. Einmütig<sup>10</sup> weist die Fakultät die in dem Schreiben zum Ausdruck kommenden Unterstellungen zurück. Eine weitere Aufrechterhaltung dieser Unterstellungen gefährdet nicht nur die Reputation der Fakultät und ihrer Mitglieder, sondern auch das Ansehen der gesamten Universität.

Obschon Prof. Wolffsohn in seinem Schreiben nicht direkt den Vorwurf erhebt, Prof. Geismann habe mit seinen Lesungen aus dem Hitlerschen Pamphlet *Mein Kampf* nationalsozialistische Propaganda betrieben, kann die Androhung der ‚Weiterleitung an Interessenten‘ nur in diesem Sinne verstanden werden. Da Prof. Wolffsohn das Schreiben ohnehin allen Professoren der Fakultät sowie dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Universität zugeleitet hat, ist mit ‚Interessenten‘ offensichtlich eine außeruniversitäre Öffentlichkeit gemeint.

Angesichts des Lebensweges und des wissenschaftlichen Werkes des Philosophen Georg Geismann erscheint jede Verdächtigung einer Affinität zum Nationalsozialismus als gänzlich abwegig. Vielmehr hat die von Prof. Geismann in aufklärerischer Absicht betriebene Vergangenheitsbewältigung nachweislich zu großer Betroffenheit und engagierten Diskussionen in der Zuhörerschaft geführt.“

Diese Resolution wurde *im Auftrag* des Fachbereichsrates auf dem Dienstweg vom Dekan (wegen der Abwesenheit des Prodekanen!) über den bereits erwähnten Verteiler *verschickt*.<sup>11</sup> Zugleich wurde der Präsident auftragsgemäß gebeten, dem Senat den Antrag vorzulegen, sich mit der Resolution zu befassen und zu erwägen, sich ihr anzuschließen. Da der Präsident jedoch der (folgeschweren) Ansicht war, es handele sich bloß um eine „Sache der Fakultät“, kam er der Bitte nicht nach.

### 3.

Ich selbst gelangte damals (und gelange noch immer) zu folgender Beurteilung des Wolffsohnschen Verhaltens:

Wäre MW wirklich, wie er behauptet, am guten Image Deutschlands, der Bundeswehr, der Universität gelegen gewesen, dann hätte er schon 1984 bezüglich meiner ersten Lesung „Alarm“ geschlagen. Er hätte noch vor der Veranstaltung warnend seine Stimme erhoben, auch und besonders mir selbst gegenüber; oder er wäre in die Veranstaltung gekommen und hätte das angeblich Unangemessene oder gar Gefährliche an ihr öffentlich kritisiert oder – besser – erst einmal festzustellen versucht. Sogar anschließend noch hätte er dazu auffordern können, die Problematik einer solchen Veranstaltung hochschulöffentlich zu diskutieren. Nichts dergleichen hat er getan; und dies über mehr als sieben Jahre nicht, während deren er noch zweimal zu solchen Aktivitäten Gelegenheit hatte.<sup>12</sup> Anstatt von „geschichtspolitischen Empfind-

<sup>9</sup> Siehe VD 209 f.

<sup>10</sup> Sogar von MWs späteren sieben „Sympathisanten“ innerhalb der Universität der Bundeswehr hat sich nur einer und auch er, soweit mir bekannt geworden ist, nur privat dezidiert dessen Kritik an meinen Veranstaltungen angeschlossen. Dennoch hieß es am 2. April 1993 in *Die Zeit*: „Der Rezitationsabend empörte Geismanns Professorenenkollegen [...] Einer von ihnen, Michael Wolffsohn, Liebling der Medien und deutsch-jüdischer Patriot[...]“ und am 17. Februar 1993 in der *Abendzeitung* (München): „Zu den schärfsten Kritikern der Lesung aus Hitlers *Mein Kampf* gehört der Historiker Professor Michael Wolffsohn“ (siehe VD 203). Und die *Deutsche Universitäts-Zeitung* (7/1993) witzelte in einer Schlagzeile gequält: „Wolffsohn, die Sieben und der Geismann“.

<sup>11</sup> Dieser Vorgang führte später in den Medien zu der perfiden Behauptung, der Dekan habe selber diese Resolution verfasst.

<sup>12</sup> Den Medien gegenüber erklärte MW später (siehe z.B. *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Oktober 1992): „Wenn ich 1984 so klug gewesen wäre wie heute, hätte ich anders reagiert. Da war ich zu nachlässig.“ Nur hatte sich weder an meinen Lesungen selber noch an deren Wahrnehmung innerhalb bzw. außerhalb der Universität seit 1984 irgend

lichkeiten des einzigen jüdischen Kollegen“ der Universität der Bundeswehr München müsste er hier selbst wohl in seiner unnachahmlichen Diktion von „geschichtspolitischer Hornhaut“ sprechen.<sup>13</sup>

Als ihn angeblich die sogenannten Multiplikatoren auf die Hitler-Lesungen ansprachen, – wer hat ihn da gezwungen zu behaupten, ich sei nicht repräsentativ für Fakultät und Universität? MW hätte entweder, nachdem er selber behauptet, ich sei, „soweit er mich kenne“, kein „Neonazi“ oder gar (er hält das offenbar für eine Steigerung) „Antisemit“, guten Gewissens sagen können, er wisse nicht, was es mit jenen Lesungen auf sich habe, er könne es aber, wenn man es wünsche, leicht eruieren. Oder er hätte (außerdem), um sein Gewissen mehr zu beruhigen und seine Gesprächspartner besser zufrieden stellen zu können, bei Kollegen über mich Auskünfte einholen können.<sup>14</sup> MW hätte schließlich, um es zu wiederholen, selber zu einer meiner Lesungen kommen können – und sei es auch nur, um sich über den angeblichen Außenseiter und Nicht-Repräsentanten Gewissheit zu verschaffen – , anstatt sich mit blinden Vermutungen zu begnügen. Aber nichts dergleichen hat er getan.

Auch hätte er hingehen und mich auf die inquisitorischen Fragen seiner „Multiplikatoren“ aufmerksam machen und mich auffordern können, dazu Stellung zu nehmen. Er hätte mich, nachdem er mich freundlicherweise, so wie er mich kennt, nicht für einen Neonazi hält, kollegial auf die Schwierigkeiten hinweisen können, in welche ich ihn, möglicherweise – wie er selber betont – ohne Absicht, permanent bringe. Das wäre sehr wichtig für mich gewesen, und ich hätte gewiss versucht, gemeinsam mit ihm eine Lösung zu finden. Nichts dergleichen hat er getan.

Hat ihn etwa, was ich allerdings nicht glaube, die jüdische Gemeinde in München mit Bezug auf meine Lesungen angesprochen, so konnte er mich darüber informieren. Ich wäre dann unverzüglich selbst in die Gemeinde gegangen, um mich dort auch der peinlichsten Befragung zu stellen. Doch Herr Wolffsohn hat sich nicht bemerkbar gemacht.

MWs mehrfache Behauptung, es gehe ihm nicht um subjektive Absichten, sondern um objektive Wirkungen, kann nicht der Wahrheit entsprechen. Waren da wirklich – Absicht hin, Absicht her – objektive Wirkungen, dann hat MW sich – und nur sich selbst – vorzuwerfen, seit sieben Jahren nichts dagegen getan zu haben. Waren die Wirkungen erst jetzt, seit ich Dekan bin, zu beobachten, so hatte er die Möglichkeit, im Einvernehmen mit mir und der Fakultät derartigen Wirkungen entgegenzuwirken. Das hat er nicht versucht. Und hielt er meine Absichten trotz ihrer Wirkung für gut, so wird das von ihm aufgeführte Spektakel völlig unverständlich. MW redete von lautloser und undramatischer Lösung; aber was er auf diese Weise lösen wollte, war ein Problem, das er selbst auf durchaus laute und dramatische Weise und ganz ohne das von ihm so oft und gern beschworene „politische Fingerspitzengefühl“ überhaupt erst produziert hatte.

Angeblich hat MW durch Beschwichtigung der Damen und Herren Multiplikatoren einen „Skandal“ vermeiden wollen. Aber welchen Skandal denn wohl? Die Wahrheit über mich hätte jeden möglichen Skandal verhindert. Erst MW selber hat die Entstehung eines Skandals provoziert, indem er, grobfahrlässig oder womöglich absichtlich, die Unwahrheit über mich verbreitete.<sup>15</sup> Den für einen Universitätsprofessor in der Tat skandalösen Verstoß gegen intellektuelle Redlichkeit und die Verleumdung eines Kollegen wird man wohl kaum als der Völkerverständigung dienend<sup>16</sup> bezeichnen können.

MW will angeblich mit Bezug auf die deutsche Vergangenheit nicht „entsorgen“. Nun, mit diesem Begriff verbindet sich für mich der Versuch, gefährliche Substanz an einen sicheren Ort zu bringen und dadurch unschädlich zu machen. Aber für die – keineswegs (wie MWs Lehrer Ernst Nolte meint) „asiatische“, sondern höchst deutsche – Tat der „Endlösung“ darf es in der

---

etwas geändert; und die Klugheit hatte sich sogar im Dezember 1991, vor, während und nach der dritten Veranstaltung, bei MW noch nicht eingefunden; ja nicht einmal während der ersten zwei Wochen meines Dekanats, in denen er seine Kommunikation, soweit erforderlich, durchaus über meinen Schreibtisch führte. Auch erklärte MW der Zeitung im gleichen Atemzug, Peenemünde liege „schon lange“ in Neubiberg (siehe VD 199, 218). Woher also die plötzliche Klugheit? Waren es vielleicht doch bloß die Mahnbriefe des Dekans, die ihn eines Schlechteren über diesen belehrt hatten? Ich erwähne es ohne Süffisanz, dass noch relativ kurze Zeit vor der letzten Lesung MW, als ich mich einmal im Fachbereichsrat zu seinen Gunsten eingesetzt hatte, mir kollegial seine Hand mit der Bemerkung auf die Schulter legte: „Wie schön, dass wir endlich ein harmonisches Verhältnis zueinander gefunden haben!“

<sup>13</sup> Zitate von MW; VD 230.

<sup>14</sup> Da wäre er zum Beispiel auf zwei einschlägige Beiträge von mir im Bayerischen Rundfunk hingewiesen worden, die später auch im Druck veröffentlicht wurden. Siehe oben S. 41 ff und 44 ff.

<sup>15</sup> Ein Verfahren, das er während der ganzen Dauer der Affäre immer wieder wirkungsvoll einsetzte.

<sup>16</sup> Vgl. etwa VD 209, 214.

Tat keine historische „Endlagerung“ geben. Vielmehr ist die Erinnerung daran wach zu halten bis ans Ende der Geschichte. Ich jedenfalls werde die Worte Hitlers, welche einmal fast das ganze deutsche Volk begeistert und vergiftet haben, immer wieder öffentlich zur Kenntnis bringen. Mit Gift, das man nicht beseitigen kann, muss man die Menschheit bekannt machen.

#### 4.

Im Februar 1983 (!) hatte sich ein gewisser Erwin K. Scheuch von Äußerungen, die ich bei einem abendlichen Tischgespräch in Israel tat, offenbar Aufzeichnungen von diesen (so wie er sie hat verstehen können) gemacht. Dieses Mithörprotokoll hat er dann im Oktober 1985 (!) an MW weitergeleitet,<sup>17</sup> vermutlich zur Verwendung für „denunziatorische“ Zwecke (denn MW muss nach eigenem Bekunden der Inhalt der Mithörnotizen schon lange vorher bekannt gewesen sein). Durch MW wiederum wurden in seinem angeblichen Kampf um die „Freiheit der Wissenschaft“ die über mich erlangten „Erkenntnisse“, denen zufolge ich mich als ein strammer Propagandist für Kriegsdienstverweigerung an der Universität der Bundeswehr zu erkennen gegeben haben sollte,<sup>18</sup> zunächst einigen Kollegen, dann aber im Frühjahr 1992 einer größeren Öffentlichkeit zugänglich,<sup>19</sup> – mit der Folge, dass ich immer wieder von den verschiedensten, aber stets über die ganze Affäre bereits offensichtlich gut informierten Seiten darauf angesprochen wurde.

Um mich der Langeweile immer gleichen Antwortens zu entziehen, habe ich daraufhin meinerseits die verschiedenen Papiere der Affäre hochschulöffentlich am Aushängebrett meiner Professur bekannt gemacht. Damit war de facto die Stunde der Medien gekommen, und die ganze Affäre bekam eine neue Dimension, durch welche sie überhaupt erst öffentliches Interesse verdient.

Der erwähnte Scheuch war übrigens der Ansicht, die Universität der Bundeswehr sei ein „Tendenzbetrieb“, in welchem ein Propagandist für Wehrdienstverweigerung ebenso fehl am Platz sei wie in einer theologischen Hochschule ein „eifernder Atheist“. Wenn Scheuch damit zugleich sagen wollte (und ich befürchte, dass er es wollte), dass ein Propagandist für Wehrdienst an der Universität der Bundeswehr sehr wohl am Platz wäre, genau wie ein „eifernder Gottesmann“ an einer theologischen Hochschule, dann begreift er nicht, dass es an einer Universität (wenn sie denn diesen Namen verdient) in fundamentalem Unterschied zu einer theologischen Hochschule um wissenschaftliche Erkenntnis „sine ira et studio“ und mit nur einer einzigen „Tendenz“, nämlich zur Wahrheit, geht und dass der einzige „Geist“, in welchem an Universitäten zu erziehen ist, der Geist des kritischen Selbstdenkens ist. Der Begriff „Tendenz-Universität“ ist eine *contradictio in adiecto*, und die Existenz von sog. Konkordatslehrstühlen (mit der Notwendigkeit eines kirchlichen, nicht bloß eines wissenschaftlichen „nihil obstat“) und insgesamt der theologischen Fakultäten an unseren Universitäten (im Unterschied etwa

---

<sup>17</sup> MW war (und ist) Mitglied im „Bund Freiheit der Wissenschaft“, zu dessen Gründungs- und Vorstandsmitgliedern wiederum Scheuch gehörte. Beide waren schwerbeschädigt durch die Studentenbewegung der 1960er Jahre. Wolffsohn ist es wohl noch immer. Jedenfalls hat er kürzlich, am 14. August 2013, in *Focus* (die *Bildzeitung* wäre geeigneter gewesen) gegen eine angeblich von der SPD geplante „Machtergreifung“ (!) von Rot-Rot-Grün polemisiert, weil damit der „Sozialismus“ drohe, worunter der Gut-Verdiener und Groß-Erbe Wolffsohn „Umverteilung und Schröpfung von Leistungsträgern“ versteht.

<sup>18</sup> Dieser Scheuch war mir auf der Reise seit Tagen stark auf die Nerven gegangen, da er beständig entweder vom 1. FC Köln oder von seinem Ferrari bzw. dem Porsche seiner Frau schwadronierte (deshalb wurde er in der von der „Bundeszentrale für politische Bildung“ zusammengestellten Reisegruppe der „Öl-Scheuch“ genannt). Als er sich dann zu vorgerückter Stunde mit Bezug auf die Fälle von Kriegsdienstverweigerung, die es tatsächlich an meiner Universität gegeben hatte, echauffierte und mich wegen meiner angeblich betriebenen „Agitation“ zur Rede stellte, sagte ich ihm zunächst wahrheitsgemäß, dass mehrere der Verweigerer in meinen Seminaren gewesen seien und dass meines Erachtens eine Verweigerung eher bei einem höheren als bei einem niedrigeren intellektuellen Reflexionsniveau zu erwarten sei; und erklärte ihm dann in bester Weinlaune, von seiner Protokolltätigkeit freilich nichts ahnend, dass sich die erfolgten Verweigerungen mit der Intelligenz meiner Studenten und mit meiner Lehtätigkeit erklären ließen. Für mich war es ein Schabernack auf seine Kosten; aber er hat ihn bierernst genommen.

<sup>19</sup> Auf Wunsch des Präsidenten meiner Universität (wegen der inzwischen im Verteidigungsministerium, im Deutschen Bundestag und beim Wehrbeauftragten entstandenen Aufregung) habe ich am 24. November 1992 die folgende Erklärung abgegeben: „Während der fast zwei Jahrzehnte meiner Tätigkeit an der Universität der Bundeswehr München habe ich weder innerhalb noch außerhalb eines Hörsaals jemals Propaganda für Kriegsdienstverweigerung gemacht. Eine solche Propaganda wäre schon mit meiner Auffassung, dass ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung überhaupt zu bestreiten ist, gänzlich unvereinbar; – von den entgegenstehenden Pflichten eines Universitätslehrers ganz zu schweigen.“ Übrigens hätte ich die mir unterstellte Propaganda niemals machen können, ohne nun wirklich sofort einen Riesenskandal zu verursachen.

zur Hebräischen Universität in Jerusalem) ist ein Relikt aus dem christlichen Mittelalter, als das Wissen dem Glauben zu dienen hatte, und mit den Grundsätzen, auch den positiv-verfassungsrechtlichen, unvereinbar, die für Universitäten als Institutionen wissenschaftlicher Erkenntnissuche gelten.

## 5.

Zunächst äußerte sich der Sensationsjournalist Henryk Broder zu der Angelegenheit.<sup>20</sup> Er bog erst einmal den wirklichen Streit um in einen Streit über die Alternative: öffentliche Lesungen aus *Mein Kampf* – eine Form der „Vergangenheitsbewältigung“ oder eine „Geschmacklosigkeit“ bzw. „höchst problematisch“.

Genau an dieser Stelle begann die – absichtliche oder unabsichtliche, später jedenfalls immer größere Ausmaße annehmende – Irreführung des Publikums. Denn darüber hätte MW mit mir überhaupt nicht in einen Streit geraten können, weil ich ihm nämlich jederzeit konzediert hätte, meine Lesungen für ein ungeeignetes bzw. problematisches Mittel und/oder für eine Geschmacklosigkeit halten zu können.<sup>21</sup> Überdies ist ein Geschmacksurteil ohne jede ethische und rechtliche Relevanz, so dass sich daraus allerdings auch nimmermehr der die Fakultätsloyalität aufkündigende Brief von MW und die darin enthaltenen Insinuationen mir gegenüber hätten rechtfertigen lassen; und auch ein (negatives) Urteil über die Eignung meiner Veranstaltungen wäre dafür keine hinreichende Basis gewesen.<sup>22</sup> Vielmehr hätte mir MW die Verletzung rechtlicher und/ oder ethischer Regeln nachweisen müssen. Das aber hat er niemals – verständlicherweise angesichts seiner vollständigen Unkenntnis in Bezug auf meine Veranstaltungen und deren (unmittelbare) Wirkungen – auch nur versucht.<sup>23</sup>

Durch die Umbiegung des Streits in die von ihm imaginierte Alternative hatte der erwähnte Broder die Möglichkeit, einerseits den Wolffsohnschen Schritt ganz harmlos als ein „Sich-mit-freundlichem-Understatement-Mokieren“ zu charakterisieren, während andererseits ich nach seiner Darstellung in mehreren Runden der „Vorwärtsverteidigung“ zunächst als den eigentlich Verantwortlichen für mein (!) „Treiben“ Herrn Wolffsohn „festgemacht“ hatte. „»Hat ihn etwa«, fragt Geismann in seinem Rundbrief, »die jüdische Gemeinde in München [...] auf meine Lesungen angesprochen«, eine Vermutung, die er sogleich mit dem Satz »was ich allerdings nicht glaube« verwirft. Aber das Wort, auf das es ankommt, ist damit in den Raum gestellt, irgendwie müssen die Juden mit der Affäre zu tun haben. Wolffsohn ist Jude und Geismann sieht einen Zusammenhang, der in der Geschichte der deutsch-jüdischen Beziehungen schon öfter eine Rolle spielte: Wolffsohn benutze sein »jüdisches Deutschtum oder deutsches Judentum, um einen nichtjüdischen Deutschen oder deutschen Nicht-Juden zu diffamieren.« Geismann habe, so Broder, den Streit auf eine „quasi völkische Ebene“ gestellt. Jedenfalls stehe fest, „dass Geismann sich in seinem Bemühen, deutsche Geschichte zu bewältigen, ausgerechnet von einem Juden auf infam-hinterhältige Weise gestört fühlte.“

Nun war es zum einen MW, der als erster, und zwar bereits in dem oben erwähnten Schreiben vom 4. Februar 1992,<sup>24</sup> welches Broder nachweislich bekannt war, sein „Judentum“,<sup>25</sup> seine „jüdischen Glaubensgenossen“ und die „nichtjüdischen Deutschen“<sup>26</sup> ausdrücklich und mit Gewicht ins Spiel brachte. Zum anderen aber spricht MW dort von den ihn kritisch ansprechenden „Multiplikatoren“. Nun, wenn meine Veranstaltungen oder vielleicht sogar deren

---

<sup>20</sup> Siehe VD 195-197.

<sup>21</sup> Eine Debatte über Methoden der „Vergangenheitsbewältigung“ habe ich seit 1984 zu eröffnen versucht. Doch ist mir das, wie nicht zuletzt das Verhalten von MW und die Reaktionen in den Medien beweisen, leider nicht gelungen.

<sup>22</sup> Allen Ernstes hat MW seinen Schritt und die damit verbundene Weigerung, den Dekan und die Fakultät nach außen zu vertreten, allein damit begründet, dass der Dekan „eine Lesung von Hitlers *Mein Kampf* so grundlegend anders als ich einschätzt“, wobei er bei „grundlegend“ angeblich nicht einmal an die jeweils eigene politische Position denkt, sondern lediglich an die jeweils eigene Einschätzung der „objektiven“ (Innen- oder Außen-) Wirkungen. Da stellt sich die Frage, welche Stellung der „staatstragende Historiker“ (so MW über sich selbst) nicht nur gegenüber der Republik als einem freiheitlichen Rechtsstaat, sondern auch gegenüber der Universität als einem Ort freier Forschung und Lehre und damit auch von intellektuellem Widerspruch einnimmt.

<sup>23</sup> Stattdessen versuchte der am Image des neuen, demokratischen Deutschlands so stark interessierte „Patriot“, sich durch die kategorische Forderung zu immunisieren: „Wer meint, öffentliche Lesungen aus *MEIN KAMPF* seien ‚Aufklärung‘, möge dieses seltsame Verständnis vor sich und *anderen rechtfertigen*.“ (Siehe VD 215; Hervorhebung von mir).

<sup>24</sup> Siehe VD 210.

<sup>25</sup> „Aufgrund meiner Biographie, Herkunft...“ (VD 210).

<sup>26</sup> VD 209.

bloße Ankündigung tatsächlich, wie er hartnäckig behauptete, eine kritische Öffentlichkeit angeblich „schon längst sensibilisiert“ hatten, dann durfte man wohl, da die Veranstaltungen stets öffentlich angekündigt waren, angesichts der wachen Beobachtung, der nun einmal die Universitäten der Bundeswehr (nicht zu Unrecht) unterlagen, vermuten, dass am ehesten die jüdische Gemeinde in München davon Wind bekommen und sich geregt hätte. Spätere diesbezügliche Nachforschungen<sup>27</sup> haben dafür keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Der „Fall“ scheint also von MW nur für seine Zwecke aufgebauscht worden zu sein.<sup>28</sup>

Broder hielt dann noch eine besondere Pikanterie für seine Leser bereit. Nach der rhetorischen Frage, „ob denn noch immer und immer wieder festgestellt werden muss, dass Hitler ein ganz schlimmer Bursche<sup>29</sup> war“, warf er die weitere Frage auf und beantwortete sie auch gleich affirmativ, ob ich nicht meinerseits das Hitlersche „Gift“, mit dem ich die Menschheit bekannt machen wolle, „neu aufbrühe“; ob meine „aufklärerische Absicht [...] nicht im Gruseligen ihre Wurzeln“ habe und ob ich damit nicht eher der „Verklärung“ (Hitlers) als der Aufklärung diene; „kurzum ob der Philosoph Geismann sich dem Phänomen Hitler nicht mit derselben morbiden Lust nähert“ „wie hauptamtliche Sittenhüter einer illustrierten Ausgabe von »Fanny Hill«: „Der moralischen Verdammung geht lustvolle Beschäftigung mit dem Objekt der Begierde voraus.“

Broder bedient sich hier eines spekulativen Schlusses, der einem intellektuellen Salto Mortale gleichkommt und wie folgt aussieht: Wer öffentlich aus *Mein Kampf* liest, tut dies – bewusst oder unbewusst – aus einer Lust am „Gruseligen“ des Gegenstandes, als „Zeremonienmeister“, um „Unsagbares auszusprechen“, als „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“; ein solcher Beweggrund aber kann nicht zu Aufklärung, sondern nur zu „Verklärung“ führen; und also bedeutet eine öffentliche Lesung aus *Mein Kampf* die (de facto propagandistische) „Verbreitung von Hitler-Texten“ (die der gegen mich nicht aktiv werdende Präsident der Universität der Bundeswehr sogar unter den Schutz des Artikels 5 GG gestellt habe).<sup>30</sup>

Was zunächst Broders Mr. Hyde betrifft, so hat dessen „morbide Lust“ erstaunlicherweise erst den Fünfzigjährigen gepackt, und auch dies nur dreimal im Abstand von mehreren Jahren. Nun geht der alberne Griff in die Dunkelkammer der Psychoanalyse schon insofern ins Leere, als das Zutagebeförderte ebenso unwiderlegbar wie unbeweisbar und daher in jeder beliebigen Weise auf jeden Beliebigen anwendbar ist; z.B. auf Broder, für den die Abfassung seines Artikels gewiss eine „lustvolle Beschäftigung mit dem Objekt seiner Begierde“ darstellte und etwa der morbiden Sensations- oder Profitlust diene. Vor allem aber dürfte ich (und jeder andere), nähme man den Journalisten Broder ernst,<sup>31</sup> niemals (mehr) Dachau oder Jad Waschem betreten, weil auch hier wieder die geheime Lust am Werke wäre, der die moralische Verdammung lediglich folgte. Was schließlich den Vergleich mit den „Sittenhütern“ anlangt, so merkt Broder gar nicht, dass er selbst es ist, der mit seiner Position deren Rolle übernimmt: er will doch offenbar verhindern, dass ein erwachsenes, akademisches Publikum das Original von *Fanny Hill*, sprich: *Mein Kampf* kennenlernt.

Anstatt haltlose Vermutungen über die geheimen Beweggründe meiner Veranstaltungen anzustellen, hätte Broder besser daran getan, etwas zu diesen selber zu sagen. Dr. Jekyll, auf den er so lustvoll anspielt, hat immer dann, wenn Hyde, sein verborgenes Alter Ego, aus ihm wurde, ein Verbrechen begangen. Zu den drei, von ihm nicht besuchten Lesungen, wie sie tatsächlich stattgefunden haben, hat Broder jedoch (verständlicherweise) ebenso wenig wie MW, dem er sekundiert, auch nur ein einziges rechtlich oder ethisch relevantes Wort gesagt. Im übrigen bemerkt er zwar ganz richtig, dass die jüdische Gemeinde in München keine Instanz sei, die über Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit meiner Veranstaltungen zu entscheiden habe, und dass es auch nicht darauf ankomme, ob sie diese für problematisch oder unproblematisch halte; aber er ist blind für die Tatsache, dass eben diese Bemerkung auch für ihn und für MW

---

<sup>27</sup> Die Information darüber inspirierte übrigens Broder zu der abwegigen Behauptung, ich hätte, nachdem ich von einem Juden diffamiert worden sei, „von Juden wieder rehabilitiert“ werden wollen. Siehe VD 197.

<sup>28</sup> Vgl. auch die vage Andeutung in VD 219 ohne Nennung von „Ross und Reiter“.

<sup>29</sup> Eine merkwürdig verniedlichende Charakterisierung, so, als sei vor Hitler keine Jungfrau in Braunau sicher gewesen. Für MW war er immerhin ein „Schurke“.

<sup>30</sup> Alle Zitate aus Broder.

<sup>31</sup> Soeben erfahre ich aus der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 7. August 2022, dass dieser Broder inzwischen bei der AfD sehr beliebt ist und sich von Alice Weidel nach einem Vortrag vor deren Fraktion umarmen ließ.

zutrifft und dass beide schon aus diesem Grunde besser von Anfang bis zu Ende geschwiegen hätten.<sup>32</sup>

## 6.

Am 30. September 1992 gab ich auf Ersuchen des Bayerischen Fernsehens diesem in einem Hörsaal meiner Universität ein längeres Interview, in welchem ich u. a. die Hintergründe und Zwecksetzungen meiner Lesungen aus *Mein Kampf* darlegte. Zwei, auf Wunsch des Fernsehens gesuchte und, wegen der Ferienzeit etwas mühsam und ganz zufällig, gefundene Studenten, die an der letzten Veranstaltung im Dezember 1991 teilgenommen hatten, kamen ebenfalls vor die Kamera und äußerten sich dort mehr oder weniger uneingeschränkt zugunsten der Lesung und einer Wiederholung. Für Sonntag, den 4. Oktober 1992, war im TV-Programm der *Süddeutschen Zeitung* für das Dritte Programm des Bayerischen Fernsehens im *Zeitspiegel* eine Sendung „Hitlers *Mein Kampf* in der Vorlesung – Professorenstreit in der Bundeswehrhochschule“ angekündigt worden. Zur angegebenen Zeit wurde dann aber diese Sendung ohne Angabe von Gründen, ja ohne jede Erwähnung durch zwei andere Sendungen ersetzt, die ersichtlich nur der Programm-Auffüllung dienten. Später beschied die Redaktion des *Zeitspiegel* auf Anfrage: „Der Redaktion erschien die ursprüngliche Themenstellung nicht hinreichend belegt, noch dazu hat nach Ansicht der Autorin der Hauptstreit um Zitate aus Hitlers *Mein Kampf* nicht in der Universität der Bundeswehr, sondern in der Volkshochschule stattgefunden. Da uns auch eine Resonanz der Studenten fehlte, haben wir die journalistische Aufarbeitung dieses Themas nicht abgesetzt, sondern aufgeschoben.“ Hinsichtlich des ersten Punktes dieser Antwort möchte man vermuten, dass angesichts der Interview-Aufzeichnung die Redaktion keinerlei Möglichkeit einer Sensationssendung mehr sah.<sup>33</sup> In Widerspruch zur Behauptung des zweiten Punktes war der Autorin (Interviewerin) und gewiss auch der Redaktion sehr wohl bekannt, dass der Hauptstreit (im Unterschied zu den Lesungen) durchaus in der Universität bzw. danach in den Medien stattgefunden hatte. Der dritte, die Resonanz von Studenten betreffende Punkt ist nachweislich eine platte Lüge.

Einen ersten Gipfel demagogischer Journaille erklimmte ein Rafael Seligmann. Am 25. Oktober 1992 beschwor er im Bayerischen Rundfunk zunächst die deutsche Wirklichkeit: „Heime von Asylsuchenden werden mit Brandsätzen bombardiert. Fanatisierte neonazistische Jugendliche ziehen schier ungehindert durch deutsche Städte. Beleidigen, bedrohen, verprügeln und erschlagen Ausländer. Jüdische Friedhöfe werden besudelt, Mahnmale gesprengt oder niedergebrannt. Rechtsextreme Parteien haben Zulauf wie noch nie zuvor in der Bundesrepublik.“ Damit hatte er den Hintergrund, den er benötigte, um das Schreckgespenst meiner angeblichen „Dämonenbeschwörung“ wirkungsvoll sichtbar zu machen: „In dieser Situation befindet es der Philosoph Geismann als passend, seinen Hörern Adolf Hitlers Glaubensbekenntnisse näherbringen zu müssen. Seine Absicht mag dabei gutgläubig-dümmlich gewesen sein – die objektive Wirkung ist verheerend.“<sup>34</sup>

Am 8. Dezember 1992 nahm sich schließlich in der Sendung *Aspekte* das ZDF der Sache an und übertraf dann in Ton und Bild noch die Verzerrungsjournalistik von Seligmann. In einem Telefongespräch, welches zur angeblichen Vorbereitung der Sendung am 1. Dezember 1992 ein gewisser Martin Konrad mit mir führte, sagte ich ihm, da er ganz offensichtlich sein Meinungsbild von der Affäre aus der Presse hatte und also ganz uninformiert war, er müsse sich doch erst einmal sachkundig machen, worauf er mir mit entwaffnender Schlichtheit erklärte, so etwas könne ich von einem Journalisten nicht erwarten, das sei nicht dessen Geschäft. Entsprechend fiel dann auch die Sendung „Neue Nazis – Alte Zeichen“ aus. Eingebettet in Bilder

---

<sup>32</sup> Ein Leserbrief an *Die Zeit*, in welchem ich kritisch zu Broders Äußerungen Stellung genommen hatte, wurde vom Chefredakteur Robert Leicht als Broder „im Grunde bestätigend“ beurteilt und daher nicht veröffentlicht. – Ebenfalls in *Die Zeit* schrieb Gunter Hofmann am 2. Februar 1996 („Der Krieg der Erinnerungen“): „Die unverbesserten Deutschen seien fest davon überzeugt, schreibt Broder, dass sie unfähig zum Trauern sind. Daraus resultiere ihr Hang zum moralischen Größenwahn. So landet [Broder] dann rasch beim »zentralen deutschen Problem« [...] »Es ist die nichterfüllte Bestrafungserwartung nach dem kollektiven Ausrasten 1933 bis 1945.« [...] Vermutlich schafft es ein besonders angenehmes Gefühl, mit solcher traumwandlerischen Sicherheit das Verhalten in Deutschland in schlichtester Völkerpsychologie auf die Vergangenheit zurückzuführen [...]“.

<sup>33</sup> Die *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juli 1993 schrieb: „Aber womöglich war es doch kein Zufall, [...] dass der BR auf Geheiß des seinerzeitigen Chefredakteurs Mertens einen Fernsehbeitrag zum Thema nicht sendete, als der nicht nach Wunsch ausgefallen war.“

<sup>34</sup> Hervorhebung von mir.

und Berichte über Hitlers und Schönhubers Geburtstag, über die versuchte Versteigerung von Bildern von Hitlers Hand und trampelnde Neonazis, von Nazi-Größen, schwulstigen Umzügen und Szenen auf dem Obersalzberg sah man zunächst ein Wahlplakat, vermutlich vom Anfang der 30er Jahre, mit dem Text: „Unsere letzte Hoffnung – Hitler“. Dazu hörte man den Kommentar: „Es sind einzelne kleine Anzeichen, aber Legendenbildung um rechte Führer und rechte kulturelle Ergüsse hat Konjunktur. Der Nazi-Populismus der 30er Jahre erfasste in diesem Jahr die Uni München.“ Wenig später: „Die Wiederkehr von Nazi-Symbolen ins öffentliche Leben – Psychologen wundern sich darüber nicht.“ Es folgte zunächst ein kurzes Interview mit einem Psychoanalytiker, der auf eher verdunkelnde Weise dazu scheinbar Erhellendes zu sagen versuchte. Danach erst ein kurzer Ausschnitt aus Qualtingers *Mein Kampf*-Lesung und dann, mit Kameranähe auf das Zentralgebäude der Universität der Bundeswehr München, der Text: „Das inspirierte. Ein Professor der Bundeswehrhochschule in Neuburg, unverdächtig jeder rechten Gesinnung, las nun ebenfalls aus Hitler. Ein jüdischer Kollege protestierte, und dies wiederum führte dazu, dass sich der *Mein Kampf*-Rezitator<sup>35</sup> beim Uni-Präsidenten beschwerte. Für einen Kollegen finde er es schlimm, dass er sein deutsches Judentum oder jüdisches Deutschtum dazu benutze, einen nicht-jüdischen Deutschen oder deutschen Nicht-Juden zu diffamieren. Mit anderen Worten: Der deutsche Professor findet es unerträglich, das ein jüdischer Kollege auf die fatale deutsch-jüdische Geschichte hinweist.<sup>36</sup> Im Ringen um die richtige Aufklärung über das Dritte Reich entstehen neue anti-jüdische Floskeln.“ Danach sah man u. a. wieder Hitler vor Reichsadler und Hakenkreuzfahne mit zum „Deutschen Gruß“ erhobener Hand.

## 7.

Während, um ein Ende der „Auseinandersetzungen“ und die Abwendung weiteren Schadens zu erreichen, das Verteidigungsministerium auf verschiedenen Wegen mich zu bewegen versuchte, von einer Wiederholung meiner Lesungen und auch von einer von mir geplanten öffentlichen Stellungnahme zur Wolffsohn-Affäre abzusehen, gab dieser weiterhin munter öffentliche „statements“ dazu ab.<sup>37</sup>

In *Die Welt* vom 14. November 1992 erklärte er: „Einige Repräsentanten [der] Universität halten öffentliche Lesungen aus Hitlertexten für eine angemessene Form der *Präsentation und Repräsentation*.“<sup>38</sup> Da diese Behauptung falsch war und MW es wusste, bleibt zu ihrer „Rechtfertigung“ nur die Vermutung, dass MW bei der Anfertigung seiner journalistischen Texte die Versatzstücke schon einmal durcheinander geraten sind.

Im Februar 1993 tat er im Damenblatt *Madame* die Ansicht kund: „Ich habe nichts gegen eine wissenschaftliche Dokumentation selbst dieser Texte, aber alles gegen nicht-professionelle Qualtinger-Kopien. Wir sind Professoren und keine Künstler.“<sup>39</sup>

Und in *Die Welt* vom 11. März 1993 hieß es: Der „Historiker und Jude [...] MW befürchtet, dass die öffentliche Zitierung aus Hitlers Buch beim Publikum »falsch ankommt«. In der Ankündigung der Lesung im Veranstaltungskalender der Universität sei nicht auf die nationalsozialistische Ideologie des Buches hingewiesen worden. Zudem sei, so MW, Kollege Georg Geismann, der die Lesung gehalten habe, zum damaligen Zeitpunkt<sup>40</sup> Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät gewesen. Er sei somit in der Öffentlichkeit als Repräsentant der Bundeswehr-Uni aufgetreten, Damit habe er den Ruf der Uni »in den Dreck gezogen«.“<sup>41</sup>

---

<sup>35</sup> In einer Sendung des *Mitteldeutschen Rundfunks*, dem übrigens das *Bayerische Fernsehen* die oben erwähnte Interview-Aufzeichnung zu beliebigem Missbrauch überlassen hatte, wurde daraus laut *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juli 1993 „Hitler-Imitator“. Die *Süddeutsche Zeitung* fügte hinzu: „[...] womöglich war es doch kein Zufall, dass der MDR, fest in der Hand von CSU-Mitgliedern, so heftig auf der Seite des politisch stramm konservativen Wolffsohn focht [...]“

<sup>36</sup> Tatsächlich war es der jüdische Kollege gewesen, der es angeblich nicht länger erträglich fand, dass der deutsche Professor mit seinen Lesungen aus *Mein Kampf* auf die fatale deutsche Geschichte hingewiesen hatte.

<sup>37</sup> So fragte er in einem Fernsehinterview und in einem Brief an den Bundesminister der Verteidigung, ob ich vielleicht im nächsten Jahr das „Horst-Wessel-Lied“ anstimmen werde! (Siehe VD 223).

<sup>38</sup> Hervorhebung von mir. Siehe auch VD 219.

<sup>39</sup> Der hier vermutlich im „pluralis maiestatis“ sprechende Professor tritt seit langem selber gerne in der Rolle des Journalisten vor die Öffentlichkeit. Inzwischen hat er sich sogar als Boulevardjournalist auf das Niveau der *Bildzeitung* hinab begeben (siehe „Machtergreifung um jeden Preis“ in: *Focus* vom 14. August 2013).

<sup>40</sup> Siehe auch VD 222. MW wusste, dass diese Behauptung falsch war.

<sup>41</sup> Spätestens diese Formulierung dürfte beweisen, dass MW anderes im Sinn hatte, als lediglich die Behauptung in die Welt zu setzen, meine Lesungen seien bei anerkannt guter Absicht hinsichtlich ihrer Außenwirkung „höchst problematisch“. – Allerdings kann MW durchaus als intellektueller Wendehals auftreten. Dann dreht er

In einem Schreiben schließlich, welches später durch MW selber „stolz wie Oskar“ an alle Professoren der Universität der Bundeswehr verteilt wurde, sprach<sup>42</sup> ihm der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle, persönlich Dank, Verständnis und Bedauern aus.<sup>43</sup>

Mir gegenüber hatte die ministerielle Fürsorge ein wenig anders ausgesehen. Mit Schreiben vom 15. Dezember 1992 hatte ich verschiedenen Verlagen eine Streitschrift angeboten, in der ich meine in jener Affäre gemachten Erfahrungen verarbeiten wollte. Nur der Bertelsmann-Verlag hat mir nicht geantwortet. Stattdessen bekam ich im Februar 1993 ein Schreiben aus dem Verteidigungsministerium, in welchem der zuständige Ministerialdirektor zunächst feststellte, dass ich dem Bertelsmann-Verlag eine Streitschrift zur Veröffentlichung angeboten hätte. Anschließend machte er mich freundlicherweise („vorsorglich“) auf meine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit gemäß § 61 ff. BBG aufmerksam, die sich auf alle bei meiner amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten beziehe. Im übrigen gab der Ministerialdirektor seiner Verwunderung über mein Angebot an den Verlag Ausdruck, da ich doch am 1. Dezember dem Staatssekretär meine Bereitschaft bekundet hätte, alles zu tun, um eine Ausweitung des Schadens zu vermeiden. Es erscheine insofern dringend geboten, von der geplanten Veröffentlichung abzusehen.

Ich habe auf dieses Schreiben wie folgt geantwortet:

München, den 2. März 1993

(an das Bundesministerium der Verteidigung)

Da in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht anzunehmen ist, dass die Obrigkeit mich einzuschüchtern versucht, bleibt mir für Ihr Schreiben vom 8. Februar 1993 nur die Deutung, dass Sie mich in wohlwollender Ausübung Ihrer Fürsorgepflicht vor einem unbedachten Schritt und dessen möglichen Folgen bewahren wollten. Dafür schulde ich Ihnen [...] Dank.

Dass Sie Kenntnis von dem Inhalt eines Schreibens von mir an den Bertelsmann-Verlag bekommen konnten, befremdet mich ein wenig. Allerdings entspricht der Vorgang den von mir in der Affäre „Wolffsohn“ gemachten Erfahrungen in Bezug auf die Behandlung der Persönlichkeitssphäre. Was den Inhalt jenes Schreibens und Ihre Fragen dazu betrifft, so kann ich Sie beruhigen: Für meine Zwecke der Analyse und kritischen Beurteilung der Affäre „Wolffsohn“ reichen die diversen Presseveröffentlichungen vollständig aus. Die §§ 61 ff. BBG sind daher wohl kaum einschlägig. Im übrigen werde ich, schon um die vom Dienstherrn in mich gesetzten Erwartungen nicht zu enttäuschen, selbstverständlich fachanwaltliche Beratung in Anspruch nehmen.

Ich habe mit meinem Schreiben an den Herrn Staatssekretär vom 1. Dezember 1992 meine Bereitschaft erklärt, das mir Mögliche zu tun, „um eine weitere Ausweitung des bereits durch (leider gezielt herbeigeführte) Missverständnisse und Irritationen entstandenen Schadens zu verhindern“. Zu dieser Erklärung gehörte stillschweigend, dass „bis auf weiteres“ keine weiteren Lesungen aus „Mein Kampf“ beabsichtigt sind. Auch heute kann ich Ihnen noch einmal

---

sich, um Konsequenz und Konsistenz im Denken so unbekümmert wie eh und je, mit seinem Urteil nach dem ihm günstig erscheinenden Wind. So verteidigte er am 24. Juni 2013 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die frühere Journalistin Elisabeth Noelle gegen eine, wie er meinte, „infame Abrechnung“. In dieser war es unter anderem um die eindeutig antisemitischen Äußerungen gegangen, die von ihr aus der NS-Zeit überliefert waren (siehe dazu oben S. 32). Völlig verharmlosend spricht MW von der „Tatsache, dass stramme Worte noch lange keine Taten bedeuten. Frau Noelles NS-Wort war nie ihre NS-Tat.“ Freilich waren beide, Noelle und Wolffsohn, seit langem aktive, im „Geiste“ vereinte „Weikersheimer“.

<sup>42</sup> Siehe VD 226.

<sup>43</sup> Dank dafür, „dass Sie trotz einiger Sie sehr nachhaltig berührenden Vorkommnisse weiterhin im Interesse unserer Bundeswehr tätig sein wollen“; Verständnis und Bedauern dafür, „dass manche Ereignisse der letzten Monate für Sie nicht akzeptabel waren [...] und] für Reaktionen [...], zu denen Sie sich im Zuge der dann auch öffentlich gewordenen Auseinandersetzungen gezwungen sahen. [...] die Vorwürfe, durch die Sie sich belastet fühlen, [werden] aufgeklärt.“ Wenn man dies liest, hat man den Eindruck, MW sei ein bedauernswertes Opfer, obwohl er doch in allen Medien, wenn auch nicht in seiner Fakultät und seiner Universität, einen beeindruckenden Erfolg hatte. Vor allem aber reibt man sich verwundert die Augen über das Amtsverständnis, das in dieser ministeriellen Parteinahme zum Ausdruck kommt. Denn da der Minister wusste, dass meine Lesungen zweifelsfrei rechtens waren (andernfalls hätte zumindest ein Disziplinarverfahren gegen mich eingeleitet werden müssen), wusste er auch, dass Wolffsohns „Initialzündung“, nämlich seine Ankündigung, unter meinem Dekanat bestimmte ihm obliegende Amtspflichten nicht zu erfüllen, zweifellos nicht rechtens war. Vermutlich hat der pragmatische Politiker in ihm die Feder geführt. Siehe dazu auch unten Anm. 220.

versichern, dass meine nächste einschlägige Lesung nicht vor Herbst 1993 stattfinden wird;<sup>44</sup> und wenn, dann selbstverständlich nur im Rahmen meines Rechts auf Freiheit der Forschung und Lehre und der durch den Staatssekretär ausdrücklich anerkannten „ausgewiesenen Zielsetzung“ meiner Veranstaltungen, d. h. in Ausübung meiner Pflicht als Staatsbürgers und besonders als Professors der Politischen Philosophie, die Verhinderung der Wiederholung von Totalitarismus in Deutschland zu betreiben.

Nur irrtümlich kann angenommen werden, dass ich mit meiner Erklärung gegenüber dem Herrn Staatssekretär hatte sagen wollen, die Affäre „Wolffsohn“ überhaupt auf sich beruhen lassen zu wollen. Ich würde dies ohne Zögern tun, wenn es sich um eine rein persönliche Angelegenheit zwischen Herrn Wolffsohn und mir handelte. Dies aber war von Anfang an nicht der Fall. Durch die Dimension jedoch, in welche die Angelegenheit zunächst durch Herrn Wolffsohn und dann durch die Medien gebracht worden ist, hat sie eine für die politische Kultur unseres Staates so prinzipielle Bedeutung bekommen, dass Schweigen meinerseits auch hier Verletzung meiner politischen Pflicht wäre.

Mir ist nicht bekannt, ob der Herr Staatssekretär auch den für die Affäre einzig verantwortlichen Herrn Wolffsohn gebeten hat, sich für ein Ende der Auseinandersetzungen einzusetzen.<sup>45</sup> Wohl aber weiß ich, dass noch in diesem Monat ein Interview mit Herrn Wolffsohn veröffentlicht wurde, in welchem er abermals seine absurden Insinuationen gegen mich und auch gegen den Präsidenten der UniBwM von sich gegeben hat.<sup>46</sup> Und mir ist bekannt, dass dieser offenbar vom BMVg protegierte Mann ein Schreiben des Verständnisses und Bedauerns seitens des Ministers erhalten hat, das er nun wie ein kleiner Junge stolz auf die darin enthaltene „Bestätigung“ an jedermann verteilt, vermutlich wohlwissend, dass er eine solche Bestätigung in seiner Universität wohl schwerlich bekommen hätte, da man ihn dort gut kennt. Angesichts jenes Schreibens des Ministers ist mir nun doch der Sinn Ihres Schreibens an mich ganz rätselhaft.“

## II. Analyse und Kritik

In verschiedenen, darunter einigen eher seriösen deutschen Medien wurde in den Jahren 1992/93 in einer eigenartigen Mélange der Verwertung des „Falls“ etwas als schlimme Sensation behandelt und gehandelt, das tatsächlich weder schlimm noch sensationell war, vielmehr als etwas Selbstverständliches in und für Deutschland hätte angesehen werden müssen.

### 1.

Was meine angeblich skandalöse „Praxis“, eine – fast ausschließlich akademische – Öffentlichkeit durch Lesung aus Hitlers *Mein Kampf* mit diesem Buch bekannt zu machen, betrifft, so ist es schon einigermaßen erstaunlich, dass so viele Leute (auch und gerade Wissenschaftler) darüber ein Urteil abgeben zu können glaubten, obwohl ihnen gar nicht bekannt war, welche Textstücke ich gelesen und in welcher Art und Weise ich dies getan hatte, vor welchem Publikum die Lesungen stattgefunden hatten und wie die Veranstaltungen insgesamt abgelaufen waren. Die etwa einen Monat nach der letzten Lesung durch meinen Fakultätskollegen MW ausgelöste Affäre, angefangen bei den ersten Verlautbarungen von MW selber bis hin zu den letzten Darstellungen in den Medien, ist eine einzige Kette von (Vor-)Urteilen über eine Sache, um deren Kenntnis sich keiner aus der so selbstgerecht auftretenden Schar von „Kritikern“ je bemüht hat. Schon angesichts der entsprechenden Ignoranz konnte und kann es nicht um eine Verteidigung oder womöglich Rechtfertigung jener Lesungspraxis gehen. Außerdem ist meines Wissens ohnehin niemand, der je bei einer der Lesungen zugegen war, auf den Gedanken gekommen, dass man deren Durchführung bzw. Ankündigung überhaupt verteidigen müsse. Statt dessen soll hier durch eine Analyse jener Kette von Vorurteilen kritisch herausgearbeitet

---

<sup>44</sup> Sie fand allerdings erst am 29. März 1994 statt, hochschulöffentlich im Rahmen meines Seminars zur Politischen Philosophie der Gegenwart; auch war es diesmal keine Lesung aus „Mein Kampf“, sondern von ausgewählten Texten zur deutschen Katastrophe.

<sup>45</sup> Tatsächlich hat Wolffsohn schon wenig später mit seinem „Verwirrtes Deutschland“ für noch mehr Verwirrung in Deutschland gesorgt.

<sup>46</sup> Obwohl er selber von Beginn an behauptete, den Stein nur ins Rollen gebracht zu haben, weil ihm „am guten Ansehen unserer Bundeswehruniversität“ liege, hat er noch am 21. Juni 2012 (!) in seiner (im Internet nachzulesenden) Abschiedsvorlesung auf die Universität ziemlich eingedroschen und dabei nicht nur seinen Enttäuschungen redseligen Ausdruck verliehen, sondern auch nach Art kleiner Jungen noch einmal „nachgetreten“.

werden, wie fragwürdig die öffentliche Auseinandersetzung mit der Katastrophe des Nationalsozialismus und wie verkrampft und tabuisiert das Verhältnis von Deutschen und Juden hierzulande noch immer sind und welches merkwürdig unrepublikanische Rechts- und besonders Staatsverständnis ausgerechnet meine „Kritiker“ de facto zeigten.

MW hatte anfänglich die Sache so hingestellt (und die Medien haben es ihm nachgetan), als gehe es um einen Streit über angemessene Formen der Vergangenheitsbewältigung im allgemeinen und über die Beurteilung meiner drei inkriminierten Veranstaltungen im besonderen.<sup>47</sup> Aber bei eben diesem Problem, das ausschließlich durch empirische Untersuchungen in Bezug auf mögliche Wirkungen zu lösen wäre, waren er und alle weiteren „Kritiker“ von einem unbeirrbar<sup>48</sup> Apriorismus beherrscht. Entsprechend stand am Ende der Medienverarbeitung ein wirres Gemisch von (wenigen) Wahrheiten und (vielen) Halbwahrheiten, Schiefheiten und Falschheiten, von Vermutungen und Unterstellungen, von Suggestionen und Insinuationen, in welchem dann wiederum selbst ein harmloser Satz, um wieviel mehr eine „heikle“ Äußerung, wie vorsichtig auch immer getan, leicht zur „skandalösen“ Sensation werden konnte und auch wurde.

MW hatte für den Apriorismus kategorisch die Parole ausgegeben: „wo, wie und aus welchen Gründen auch immer“. Natürlich liefert diese Formel objektiv keinerlei Entschuldigung für die Unerlaubtheit seiner kühnen Behauptungen über angebliche, ihm tatsächlich aber gänzlich unbekannt wirkungen.<sup>49</sup> Aber subjektiv hatte er mit ihr die Möglichkeit einer Rechtfertigung seiner Methode, einerseits der Öffentlichkeit gegenüber ebenso vage wie allgemein und dogmatisch zu behaupten, meine Veranstaltungen seien – wie gut auch immer des „gutgläubig-dümmlichen“<sup>50</sup> „Spinners vom Dienst“<sup>51</sup> Geismann Absichten gewesen sein mögen – verwerflich;<sup>52</sup> andererseits diese Behauptung aber niemals auch nur mit einem einzigen Beweisstück stützen zu müssen, sondern sich vielmehr nach dem kategorischen Generalverdikt stets in beinahe unverbindliche Formulierungen wie „ich fürchte“, „ich finde“, „problematisch“, „unangebracht“, „abwegig“, „geschmacklos“, „instinktlos“, „mehr geschichtspolitisches Feingefühl“<sup>53</sup> etc. flüchten zu können.

Dem sind die Medien fast ausnahmslos gefolgt. Nicht um die wahrheitsgetreue Darstellung eines zuvor objektiv ermittelten Sachverhalts ging es da, sondern um den Auflagefördernden Sensationsfunken, der aus einer angeblichen Nachricht, wie „Soldaten-Lehrer sorgt für Streit“, „Zur Bereinigung der faschistischen Nische im Herzen“, „Dekan im Feuer kollegialer Kritik“, zu schlagen war. Und dieser Funke wurde umso größer, je weiter die Nachricht von der Wirklichkeit entfernt war. „Wer die breite Masse gewinnen will, muss den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Er heißt nicht Objektivität [...].“<sup>54</sup>

Die Wolffsohnsche Parole „wo, wie und aus welchen Gründen auch immer“ scheint eine der folgenden zwei Annahmen zu machen:

Annahme 1: Lesungen aus *Mein Kampf* haben stets Wirkungen auf das Publikum, die nicht gutzuheißen sind.

Die Richtigkeit dieser nomologischen Behauptung würde in der Tat die Prüfung des Einzelfalls unnötig machen. Aber für diese Richtigkeit ist bisher (naturgemäß) kein Beweis erbracht worden. So bleibt es bei MWs – objektiv belangloser – „Befürchtung“, dass eine öffentliche Lesung aus *Mein Kampf* beim Publikum „falsch ankomme“.<sup>55</sup> Hier hätte nur die (empiri-

---

<sup>47</sup> Siehe VD 207-210.

<sup>48</sup> So haben sich, wie mir berichtet wurde, Fachkollegen einer anderen Universität geweigert, Informationen über die Affäre auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

<sup>49</sup> Für Einzelheiten siehe VD 211-214.

<sup>50</sup> Rafael Seligmann am 25. Oktober 1992 im Bayerischen Rundfunk.

<sup>51</sup> MW; siehe VD 199.

<sup>52</sup> MW spricht zwar lediglich von: „höchst problematisch“. Würde man dies aber in seiner eigentlichen Bedeutung und nicht im Sinne von „verwerflich“ nehmen, dann gäbe es für seinen Schritt nicht einmal mehr die Chance einer Rechtfertigungsmöglichkeit. MW musste für seinen Zweck jedenfalls zumindest die Tat, wenn schon nicht den Täter, in das Licht des moralisch schlechthin Nicht-Akzeptablen rücken. Da er aber den Täter selber ausdrücklich aus seinem Verdikt ausschloss und dieser somit lediglich einen jederzeit menschenmöglichen Irrtum in der Beurteilung der Tat begangen haben konnte, stellt sich die Frage, was MW denn zu seinen massiven Angriffen auch und gerade gegen den Täter bewogen und berechtigt haben könnte.

<sup>53</sup> Darunter versteht MW, wie er selbst dazu anmerkt, etwa die Umbenennung einer „Eichmann-Straße“ in „Professor-Eichmann-Straße“. Siehe VD 210.

<sup>54</sup> Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1941, S. 371.

<sup>55</sup> Der Journalist Axel Hacke machte dazu die ebenso triviale wie irrelevante Feststellung, dass doch „Falsches aus richtigen Motiven geschehen könnte“ (siehe VD 200).

sche!) Prüfung der einzelnen Fälle darüber belehren können, ob die Befürchtung berechtigt war oder nicht; und auf eben diese Prüfung hat MW von Anfang an verzichtet.

Im übrigen herrschen bei den „Kritikern“ ganz abwegige Vorstellungen vom Proselyten-Machen durch öffentliche Lesungen aus *Mein Kampf*<sup>56</sup>, einem Buch, das ihnen inhaltlich wahrscheinlich weitgehend unbekannt ist.<sup>57</sup> Wen solche Lesungen zum „Anhänger“ zu machen scheinen, der war es tatsächlich schon vorher oder würde es auch bei jedem anderen entsprechenden „Anlass“ werden. Umgekehrt wird auch niemand erst durch das Kennenlernen jener Texte „moralisiert“; und insbesondere der (aktuelle oder potentielle) Antisemit oder Neonazi wird dadurch weder abgeschreckt, noch eines Besseren belehrt, noch gar zu politischem Engagement aus Empörung aufgerüttelt. Eine bestimmte „Disposition“ und wenigstens ein Funke von Humanität und moralischer Urteilskraft sind daher für meinen Zweck immer vorausgesetzt. Erst dann – dann aber auch wirklich – kann durch diese Texte Empörung gestiftet werden, die ihrerseits zu politischem Engagement veranlassen mag.

Mangel an Kenntnis und Neigung zu autoritärer Einstellung scheinen sich proportional zueinander zu verhalten. Viele „Kritiker“, die meisten von ihnen ganz fachfremd, verlangen, ich hätte die Lesungen zumindest mit einem Kommentar begleiten und „professionell moderieren“ lassen müssen, um – so einer von ihnen – „jede Zweideutigkeit von vornherein sicher auszuschließen“. Sie empfehlen also – und dies bei einem Text, dessen menscheitsverachtende Eindeutigkeit jeden Kommentar überflüssig macht – eben jenes Verfahren, mit welchem noch in diesem Jahrhundert von „christlichen“ Erziehern, die um das Seelenheil ihrer Zöglinge besorgt waren, indizierte Schriften behandelt wurden. Wie wir heute wissen, ist der Versuch geistiger Bevormundung (zum Glück) eher kontraproduktiv. Jedenfalls aber würde eine Behandlung von erwachsenen Jung-Akademikern wie unmündige Kinder, wenn sie denn erfolgreich wäre, gar nichts anderes hervorbringen als eben jenen Typus von „authoritarian personalities“, denen Hitler weitgehend seine Macht verdankte.

MW monierte u. a., bei der Ankündigung der Lesung aus Hitlers *Mein Kampf* sei nicht „auf die nationalsozialistische Ideologie des Buches hingewiesen worden“.<sup>58</sup> Nun weiß ich zwar erstens nicht, wie es sich mit MWs Studenten verhielt. Den meisten meiner Studenten jedenfalls war durchaus bekannt, dass Hitler ein Nationalsozialist war; und die übrigen hätten es spätestens bei der Lesung erfahren. Zweitens hätte MW, wäre der Hinweis tatsächlich erfolgt, gerade wegen dessen Überflüssigkeit womöglich geklagt, schon in der Ankündigung sei (wenn auch vielleicht „dummlich-gutgläubig“) damit geworben worden, dass NS-Ideologie geboten werde.

Dem ehemaligen Intendanten des Berliner Schillertheaters, Boleslaw Barlog, attestierte der wie ein Praeceptor Germaniae nach allen Seiten Noten verteilende „Geschichtspolitiker“ MW, er (Barlog) habe „überlegt-überlegen und zugleich geschichtsbewusst“ gehandelt, als er sich weigerte, die „Ermittlung“ von Peter Weiss aufzuführen, und dafür die Begründung gab: „Auschwitz auf der Bühne und dann in der Pause womöglich auch noch Würstchen!“. Dem „geschichtspolitischen Feingefühl“ des Intendanten scheint es allerdings entgangen zu sein, dass dieses „Oratorium in elf Gesängen“ gar keine Pause verträgt und man außerdem bei einer unvermeidlichen Pause das Büfett im Foyer hätte schließen und an seiner Stelle eine einschlägige Ausstellung organisieren können. Was aber MW betrifft, so wird man wohl vermuten dürfen, dass er entweder Bücher wie *Mein Kampf* oder *Die Ermittlung* gar nicht liest oder aber nach der Lektüre für längere Zeit auf die Einnahme von Nahrung, zumindest in Form von Würstchen, verzichtet. Gewiss jedoch ist alles verloren, wenn die Art und Weise, wie man sich der Vergangenheit stellt und die aus ihr erwachsende Verantwortung für die Zukunft übernimmt, zu einer Frage des Geschmacks wird.<sup>59</sup>

<sup>56</sup> MW spricht von „geschichtspolitischer [?] Doktor-Eisenbart-Kur“; siehe VD 219.

<sup>57</sup> Der *Süddeutschen Zeitung* gegenüber stellte MW die für einen anderen Kollegen ganz unmaßgebliche und für ihn selbst als „Zeithistoriker“ vernichtende Frage, warum man seine Lesezeit, die ja Lebenszeit sei, ausgerechnet Hitler widmen müsse, zumal es sich doch herumgesprochen habe, dass dieser ein Schurke war (siehe VD 199). – Übrigens wird an der Hebräischen Universität von Jerusalem *Mein Kampf* in einer hebräischen Übersetzung (Auflage: 400) studiert. Dazu der Übersetzer Dan Yaron (laut *Liberation* vom 7./8. November 1992): „Il s’agit d’un document essentiel. C’est notre devoir de faire connaitre aux plus jeunes la pensée de notre ennemi, de l’ennemi de l’humanité, de faire connaitre les circonstances qui ont conduit à l’Holocauste.“ – Und selbst der *Bayerische Rundfunk* hat in mehrfachen Wiederholungen noch im Mai 1992 unter der Ankündigung „Nazi-Ideologie im Original-Ton“ kommentarlos (!) Reden von Hitler, Goebbels und anderen NS-„Führern“ gesendet.

<sup>58</sup> Siehe *Die Welt* vom 11. März 1993.

<sup>59</sup> Inzwischen hat MW entweder dazu gelernt oder eine geschichtspolitische Wende vollzogen. Jedenfalls erklärte er im *Tagesspiegel* vom 19. August 2013 den Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau durch Angela Merkel und das darin zum Ausdruck kommende „Engagement“ zu einem „gleichermaßen persönlichen wie gesamtgesellschaft-

Übrigens standen die Wolffsohnschen Ängste in Bezug auf mögliche Folgen von Lesungen aus *Mein Kampf* in merkwürdigem Widerspruch zu seinem beschwörend wiederholten Ausruf „Keine Angst vor Deutschland!“<sup>60</sup> Ich meinerseits gestehe, dass ich durchaus Angst vor bestimmten politischen Entwicklungen in Deutschland habe; und eben deshalb will und werde ich das mir Mögliche tun, darüber aufzuklären, in welche moralischen Abgründe ein Rückfall jederzeit möglich ist.

Es wurde immer wieder gesagt: Wenn die Deutschen *Mein Kampf* gelesen hätten, dann wäre (vielleicht) die NS-Herrschaft verhindert worden. Gewiss hätten sie nicht, wie nach 1945 vielfach geschehen, sagen können: wir haben nichts gewusst. Denn Hitler kündigt in dem Buch explizit oder implizit die meisten seiner späteren Verbrechen an. Trotzdem bleibt zweifelhaft, ob die Lektüre des Buches die Deutschen daran gehindert hätte, Hitler an die Macht zu bringen. Viele hätten wahrscheinlich die Grundzüge seiner Politik akzeptiert und den (erst später fatalen) Rest entweder nicht geglaubt oder für abwendbar oder vielleicht sogar auch für akzeptabel gehalten. Vollkommen anders sieht es bezüglich der Lektüre gegenwärtig und speziell bei einem akademischen Publikum aus. Da weiß im Prinzip jeder, dass der „Rest“ durchaus kein Rest, sondern wesentlicher Ausfluss jener Grundzüge war. Und vor allem weiß jeder, dass er blutigste Wirklichkeit war.

Annahme 2: Wie die unmittelbaren Wirkungen auf das Publikum auch immer sein mögen, so sind solche Lesungen jedenfalls wegen des unerwünschten Eindrucks, den sie durch ihre bloße Ankündigung als Lesungen aus *Mein Kampf* auf nichtbeteiligte „Beobachter“, insbesondere „Multiplikatoren“, haben oder zumindest haben könnten, nicht gutzuheißen.<sup>61</sup>

Ernstgenommen wäre diese Annahme das Ende aller Freiheit der Meinungsäußerung;<sup>62</sup> denn ein „unerwünschter Eindruck“ ist – vor allem bei der mit einer bloßen Ankündigung notwendig gegebenen Unkenntnis – niemals auszuschließen. Wir wissen es insbesondere aus Prozessen, bei denen es um angebliche „Anstoß-erregende“ Verstöße gegen die sogenannten „guten Sitten“ geht: Ein – dem Anstoßerreger korrespondierender – „Anstoßnehmender“ findet sich immer; und je geringer dessen Tatbestandskenntnisse sind, desto mehr blüht seine Phantasie; und je nach Stärke seiner Einbildungskraft missbilligt der „Anstoßnehmende“ selbst das Pausengeschehen hinter dem Vorhang oder die „unanständigen Lieder“, die jemand pfeift.

Der Annahme 2 ist in aller Entschiedenheit entgegenzuhalten: Jeder Mensch hat als Mensch ein Recht darauf, dass der – möglicherweise unerwünschte – Eindruck, für den man ihn verantwortlich machen will, zunächst als solcher nachgewiesen und dann auf seine rechtliche oder ethische Zurechenbarkeit hin geprüft wird; und diese Prüfung ist – wegen des entsprechenden Urteils – umso notwendiger, je mehr der bloße Eindruck gegen ihn spricht.

## 2.

Denken wir uns einmal ein Recht, das jemand unbestritten hat (z. B. das Tragen von schwarzen oder braunen Hemden) und dessen Wahrnehmung von einem Anderen öffentlich als „höchst problematisch“ und „geschmacklos“ bezeichnet wird, woraufhin der Hemdenträger in den Medien als Propagandist einer bestimmten, als verderblich angesehenen Ideologie hingestellt wird, obwohl er lediglich eine geschmackliche „Schwäche“ für schwarze oder braune Hemden hat. Da er zum Tragen solcher Hemden zwar berechtigt, aber wohl kaum verpflichtet ist, könnte man geneigt sein, ihm anzusinnen, um des sozialen Friedens willen auf das Tragen solcher Hemden zu verzichten. Man könnte jedoch auch den Anderen und die Medien daran erinnern, dass in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, wie es etwa Deutschland zur Zeit (noch) ist, jeder jedes, auch das geschmackloseste Hemd tragen darf, ohne in der Wahrnehmung dieses Rechts von der Meinung irgendeines Anderen abzuhängen. Und jetzt versu-

---

lichen Zeichen“, – und dies wohlgemerkt, obwohl die Bundeskanzlerin anschließend zu einer Wahlkampfveranstaltung in einem Bierzelt fuhr. Sie leiste, wie übrigens alle christdemokratischen Kanzler (und bisher nur diese!), geschichtspolitisch „Herausragendes“; im Unterschied zu Willy Brandt, der es „1970 nicht einmal für nötig [hielt], Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland als Teilnehmer seines [wegen des Kniefalls] legendären Warschaubesuchs zu berücksichtigen.“ Offenbar ist die Brille, die MW in den 1960er Jahren in Berlin aufgesetzt wurde, seit langem „geschichtspolitisch“ festgewachsen. Ein „sine ira et studio“ ist ihm da, obwohl ursprünglich Historiker von Beruf, nicht mehr möglich.

<sup>60</sup> Siehe sein gleichnamiges Buch, Erlangen etc. 1990.

<sup>61</sup> Vgl. VD 225.

<sup>62</sup> Sogar, nein, ganz besonders Salman Rushdie wäre dann für sein grauenhaftes Schicksal selber verantwortlich; er hätte die Wirkung der *Satanischen Verse* mit „mehr geschichtspolitischem Feingefühl“ voraussehen und dementsprechend die Veröffentlichung unterlassen müssen.

chen wir, uns vorzustellen, was aus Deutschland werden würde, wenn es üblich würde, dass der A den B nicht nur objektiv grundlos ins moralische Zwielficht bringen dürfte, sondern dass dem B dann auch noch – wie in meinem Fall mehrfach geschehen – angesonnen würde, sich den Vorstellungen des A entsprechend zu verhalten und damit stillschweigend einzugestehen, Unrecht getan zu haben.

Nach meinem Urteil hat sich die Universität der Bundeswehr München in ihren verschiedenen Institutionen viel zu lange um die Befassung mit der Wolffsohn-Affäre herumgedrückt. Es sei, so hieß es immer wieder, ein persönlicher Konflikt zwischen zwei Professoren oder jedenfalls bloß eine Angelegenheit der Fakultät für Sozialwissenschaften. Mitnichten – so ist zu entgegnen –, vielmehr war es nicht nur eine Sache der Universität insgesamt, sondern der Republik und ihrer viel beschworenen und wenig gepflegten politischen Kultur. Wenn etwa Mitglieder der Universität erklärten: „Wir wollen nichts mehr davon hören; da siehe Du zu!“, dann waren sie darauf aufmerksam zu machen, dass eine ähnliche politische Gleichgültigkeit die Weimarer Republik zugrunde gerichtet hat, weil es dieser an Verteidigern fehlte. Und wenn sie dann auf die Nachteile hinweisen, die infolge der Affäre bereits zu verzeichnen seien, indem etwa Aufträge der Industrie für die Universität ausblieben, dann waren sie daran zu erinnern, dass der moralfreie Opportunismus schon immer den Tyrannen die Tore geöffnet hat. Wer sich jener Grundsätze erst beim Besuch einer alten Dame vom Schlege der Claire Zachanassian erinnert, wird – wie er sich auch entscheidet – einen hohen Preis zahlen müssen.

### 3.

Nun hat es eine, jedenfalls über den Bereich angeblicher Erfahrung durch MW hinausgehende und allgemein feststellbare Außenwirkung vor dessen „capitolinischem“ Lärm gar nicht gegeben, und der „unerwünschte Eindruck“ war, anders als in Annahme 2 vorausgesetzt, überhaupt erst und ausschließlich durch eben diesen Lärm sowohl adäquat verursacht als auch inhaltlich bestimmt.<sup>63</sup> Die Medien waren (objektiv) nichts als MWs Sprachrohr.<sup>64</sup> Gemeinsam erzeugten sie erst jene Wirklichkeit, über die zu berichten sie vorgaben; und so hat es auch nicht schon vor ihnen, sondern erst (zeitlich und kausal) nach ihnen jene diversen „Schäden“ gegeben, die sie, sich ereifernd und dabei selbst in Szene setzend, so laut und wortreich beklagten.<sup>65</sup>

Es ist erstaunlich, wieviele Beobachter der Affäre zu der Ansicht tendierten, auch ich sei dafür zumindest mitverantwortlich gewesen; denn hätte ich nicht ursprünglich – gleichviel, ob „an sich“ berechtigt oder unberechtigt – aus *Mein Kampf* gelesen, dann hätte auch MW seinen fatalen Schritt nicht tun können. Die in diesem Argument waltende, moralphilosophisch haltlose und moralisch ruinöse „Logik“ besteht in einem naturalistischen Fehlschluss von Sein auf Sollen, hier speziell: von (empirischem) Ursachesein auf (normatives) Verantwortlichsein. Man fühlt sich an Notzuchtsprozesse erinnert, in denen die Verteidiger oder sogar die Richter behaupten, der vergewaltigten Frau wäre so etwas nicht geschehen, hätte sie nicht solch ein „aufreizendes“ Kleid getragen. Diese Behauptung mag empirisch ebenso richtig sein, wie sie rechtlich unmittelbar<sup>66</sup> ohne jede Relevanz ist. Was im übrigen meine Veranstaltungen betrifft, so trug ich, um im Bilde zu bleiben, das Kleid, welches ich dabei angelegt hatte, nicht nur rech-

---

<sup>63</sup> Für Einzelheiten siehe VD 211-214; für das, was MW daraus macht, siehe VD 225. In einem für ihn ähnlichen Fall, in welchem die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zu seinem „Verdruss“ zwischen Deutschen und Juden unterschied (wie er selbst es unvermeidlich unzählige Male tut), hat er nach eigenem Bekunden, „weil ich an der Gesinnung von Frau Süßmuth keinen Augenblick zweifle [...] den Satz natürlich nicht [wie im vorliegenden Fall!] zur Affäre stilisiert.“ (siehe VD 161).

<sup>64</sup> Wie sehr sich die Medien bewusst waren, nur mit Hilfe des „deutsch-jüdischen Patrioten“ MW verkaufsträchtige Seiten produzieren zu können und wie wenig sie an meiner (angeblich die ganze Sensation verursachenden) Person und dem, was ich in Wirklichkeit getan hatte, interessiert waren, zeigt sich u. a. darin, dass fast stets, und zuweilen sogar in ein und derselben Zeitung wiederholt, breit ausladende und mit Fotos versehene biographische Mitteilungen über MW gebracht wurden, während in Bezug auf mich – übrigens ganz in meinem Sinne – der Leser bzw. Hörer sich denken musste, dass auch ich irgendwann und irgendwo von irgendwelchen Eltern in die Welt gesetzt worden war und dort seitdem auf irgendwelche Weise mein Leben gefristet hatte.

<sup>65</sup> Am vorläufigen Ende der Wolffsohn-Affäre stellte Herbert Riehl-Heyse in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5. Juli 1993 fest: „So ist also fast alles wieder gut, nur dass der Ruf einer wichtigen Universität auf Jahre hinaus ruiniert ist. Das war gewiss nicht Michael Wolffsohns Absicht. Andererseits hat er selbst seine Kampagne gegen Geismann dem Präsidenten einmal mit den Worten erklärt, es gehe dabei nicht um die Absicht, sondern um die ‚objektive Außenwirkung‘. Die ist auch hier unübersehbar.“

<sup>66</sup> Nur mittelbar mag das „aufreizende“ Moment zu mildernden Umständen bei der Strafzumessung führen, wie ja auch ich bereit bin, MW und seiner Gefolgschaft solche Umstände zuzubilligen.

tens; es war überdies „züchtig“ und eine „Provokation“ nur für denjenigen, der – aus welchen Motiven auch immer – eine solche sucht und dann auch prompt, sogar ohne das Kleid anzusehen, findet.

Axel Hacke, auch ein Journalist, sprach von „aller Naivität“, in der ich angeblich die Frage aufgeworfen hätte, was geschehen würde, wenn „der Frey“ von der *Nationalzeitung* sich auf meine Seite stellen und es begrüßen würde, dass an der Universität der Bundeswehr endlich die richtigen Bücher gelesen würden.<sup>67</sup> Nun, in „aller Naivität“ (falls es nicht einfach um eine Chance, mich zu treffen, bzw. um eine verkaufsträchtige Schlagzeile gegangen ist) scheinen meine diversen „Kritiker“ gemeint zu haben, die (angebliche) Verbreitung von Hitlertexten verhindern zu müssen, während diese Schildbürger doch nur Wasser auf die Mühlen der Antisemiten und Neonazis gegossen haben, indem sie erstens mit ihrem Angriff gegen mich diesen überhaupt als glaubwürdig erschienen und indem sie zweitens (zumindest bei diesen) den Eindruck erweckt haben, als kämpfe da einer (der ihren) gegen ihn angreifende Juden. Und sie haben auf Deutschland ohne Grund einen Schatten geworfen, der noch erheblich länger und dunkler als derjenige ist, den es ohnehin schon selber wirft.<sup>68</sup>

In diesem Sinne schrieb ein ehemaliger Fakultätskollege in einem Leserbrief an die *Süddeutsche Zeitung*:<sup>69</sup> „Der traurige Treppenwitz der Geschichte ist nun, dass die negative Publicity, die MW durch sein mutiges Eingreifen angeblich verhindern wollte, gerade durch ihn, der den Vorgang und die Person Geismanns kennt, erst entsteht: Durch die von Michael Wolffsohn losgetretene Affäre wird die Bundeswehruniversität in ungunstiger Weise mit dem Rechts extremismus in Verbindung gebracht.“

Ein anderer Fakultätskollege erklärte fakultätsintern: „Die in der Bevölkerung (durch das von den Massenmedien kommunizierte Bild) induzierte Wahrnehmung/Phantasie lässt sich etwa so beschreiben: »An der Hochschule der Bundeswehr (vermutlich eine Militär-Akademie) liest ein (vermutlich rechtsradikaler, alt- oder neofaschistischer) Professor seinen (vermutlich uniformierten und applaudierenden) Soldaten-Studenten aus *Mein Kampf* vor.<sup>70</sup> Gäbe es da nicht einen wachsam und unerschrockenen Kollegen, hätte sich das braune Gedankengut unter dem Deckmantel der Wissenschaft ungehindert weiter ausbreiten können.«“

#### 4.

Schon für den Journalisten Broder hatte es festgestanden, dass ich mich in meinem „Bemühen, deutsche Geschichte zu bewältigen, ausgerechnet von einem Juden auf infamhinterhältige Weise gestört fühlte“.<sup>71</sup> Der Journalist Axel Hacke (der weitgehend von Broder abgeschrieben hat) attestierte mir daraufhin „einen tiefen Unwillen, sich die eigene Vergangenheitsbewältigung ausgerechnet von Juden stören zu lassen“.<sup>72</sup>

Nun, erstens lasse ich mich von niemandem – und nur deswegen (!) auch von keinem Juden – daran hindern, mir selbst und anderen Menschen immer wieder in Erinnerung zu rufen, was möglich war und also möglich ist. Wenn die Nachfolgenden sich gegen das Böse sollen wehren können, so müssen sie es kennen. MW und seine Verteidiger wollen es offenbar verstecken, als sei es dann verschwunden.<sup>73</sup>

---

<sup>67</sup> Siehe VD 198-201. Tatsächlich hatte ich seit der allgemeinen Verbreitung, nicht etwa von Wissen über meine Veranstaltungen, sondern von MWs Äußerungen über diese – und überhaupt erst seitdem! – einigen Beifall und, nach angemessener Reaktion meinerseits, entsprechende Beschimpfung von antisemitischer und neonazistischer Seite zu verzeichnen.

<sup>68</sup> Eine Folge medienbedingter Rufschädigung war etwa die Tatsache, dass der renommierte französische Historiker Rovani, der an der Universität der Bundeswehr eine Festrede halten sollte, wegen meiner angeblichen, ihm ausschließlich aus der Presse bekannten Aktivitäten sein Erscheinen absagte.

<sup>69</sup> *Süddeutsche Zeitung* vom 24./25. Oktober 1992.

<sup>70</sup> Beispielsweise war in Leserbriefen der *Süddeutschen Zeitung* am 22. bzw. 24./25. Oktober 1992 von einer „faschistischen Nische“ in meinem Herzen die Rede; von meiner „Versessenheit“ und „Besessenheit“; davon, dass ich „nicht davor zurückschreckte [...] ohne zwingende Notwendigkeit [Hitler] ausführlich verbal [zu] zitieren“, anstatt den Text „als Skriptum zu verteilen“; dass ich mich „profilieren“, indem ich „Hitler selbst zu Wort kommen“ lasse.

<sup>71</sup> So am 7. August 1992 im *Westdeutschen Rundfunk*.

<sup>72</sup> Siehe VD 200. Auf diesem erbärmlichen intellektuellen Niveau ließe sich dann auch behaupten: Der „deutsch-jüdische Patriot“ Wolffsohn will sich seinen Nationalstolz nicht ausgerechnet von einem an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte durch Lesungen aus *Mein Kampf* erinnernden, nicht-jüdischen Deutschen, der auch noch, was nicht schwierig ist, weit „links“ von ihm steht, verderben lassen.

<sup>73</sup> Übrigens „gilt auch hier wieder die Feststellung: [...] Wer tabuisiert, macht das Verbotene oder zumindest Verschwiegene überhaupt erst verlockend.“ (Michael Wolffsohn, *Keine Angst vor Deutschland!*, 61).

Zweitens stört es mich zwar nicht, wohl aber finde ich es nachgerade aberwitzig, dass es „ausgerechnet ein Jude“ ist, der mich in meinem Bemühen, durch Aufklärung über den Tyrannen und Völkermörder Hitler die Wiederkehr des Gleichen zu verhindern, zu hindern sucht.

Drittens aber habe ich mich keineswegs, wie in den Medien mehrfach behauptet wurde, gegen MW und dessen sogenannte Kritik gewendet, weil es die Kritik eines Juden war, sondern a) weil es überhaupt keine Kritik im Sinne einer wohlbegründeten negativen Stellungnahme war, sondern vielmehr, unter Verstoß gegen Sorgfaltspflicht, kollegialen Anstand und intellektuelle Redlichkeit, die aus der leeren Luft gegriffene Verleumdung eines Kollegen, und b) weil MW zu diesem Zweck gezielt seine den Mangel sachlicher Argumente kompensierende „Judaizität“ ins Spiel brachte;<sup>74</sup> kurz und polemisch: weil er seinen Streit gleichsam aus einer Nische heraus führte, in der er in Deutschland nicht bloß unschlagbar, sondern sogar – wie es dann auch in verschiedenen Medienbeiträgen deutlich sichtbar wurde – unangreifbar war.<sup>75</sup> Mangels sachlicher Argumente ist die einzige Stärke in MWs Position überhaupt nur sein Judentum.<sup>76</sup> Ein Angriff auf ihn würde (und wurde) als ein Angriff auf einen Juden gedeutet, insbesondere dann, wenn der Angriff der Verteidigung oder gar Selbstverteidigung eines „Hitler-Lesers“<sup>77</sup> diene. Der Missbrauch dieser Stärke ist schlicht eine Beleidigung des Judentums und vor allem der Opfer im Holocaust.

Der schon erwähnte Hacke fragte mich in einem von ihm erbetenen Gespräch, ob ich nicht vor meiner Veranstaltung MW wegen seiner „Betroffenheit“ als Juden hätte fragen müssen. Als ich daraufhin die Meinung vertrat, dass bei einem erst nach dem Holocaust geborenen Juden, dem also *an sich selbst und unmittelbar* durch den Holocaust kein Leid, wie insbesondere der Verlust von Angehörigen, widerfahren sein kann,<sup>78</sup> nicht schon wegen der bloßen Zugehörigkeit zum „Volk“ der Opfer mehr „Betroffenheit“ (was immer auch dieses missbrauchte Wort genau bedeuten mag) vorliegen müsse als bei einem (nicht-jüdischen) Deutschen, der durchaus an sich selbst und unmittelbar die Zugehörigkeit zum „Volk“ der Täter leidvoll erfahren habe, wurde diese Äußerung später so ausgelegt, als müsse meiner Ansicht nach einem Juden – oder wem auch immer – schweres Leid widerfahren sein, um betroffen sein und entsprechende Rücksichtnahme beanspruchen zu dürfen.<sup>79</sup> Abgesehen davon, dass eine solche Ansicht für mich ganz abwegig wäre, ist im vorliegenden Zusammenhang lediglich von Belang, dass „Betroffenheit“ ohnehin nur ein – moralisch bedeutungsloser – Gefühlszustand ist, vom Willen unabhängig bei dem Einen so und bei dem Anderen anders. Gewiss gibt es gute historische Gründe dafür, dass man als Jude – (*ceteris paribus!*) – eher „betroffen“ ist denn als Nicht-Jude und politisch besonders empfindlich reagiert; aber nicht auch dafür, dass man besser beurteilen kann, ob Lesungen aus *Mein Kampf* opportun sind. Für die Beantwortung der Frage nach Nutzen und Nachteil von Lesungen aus *Mein Kampf* für das (deutsche) Leben bedarf es moralischer und politischer Urteilskraft. Diese nun ist von irgendwelcher „Betroffenheit“ völlig unabhängig. Schon daher, von anderen Gründen hier dezent zu schweigen, hatte ich keinerlei Anlass, speziell MW zu konsultieren. Fast überflüssig ist es zu betonen, dass die unterstellte Betroffenheit MW jedenfalls nicht, trotz mehrfacher Gelegenheit, zu einer Nachfrage oder Klage bei mir bewegen konnte.<sup>80</sup>

---

<sup>74</sup> „Aufgrund meiner Biographie, Herkunft [...]“ (VD 210); „Unverdächtig durch meine Biographie [...]“ (VD 247); „der einzige jüdische Kollege dieser Hochschule“ (VD 230); „meine jüdischen Glaubensgenossen“ (VD 209).

<sup>75</sup> Schon 1983 schrieb MW in *Die Zeit* (27. Mai 1983), dass „jeder Jude, ob Lagerinsasse oder nicht, [...] Auschwitz auf sein „Konto buchen [konnte], und zwar auf die Habenseite seines Kontos“ und dass, so fügte er in beachtenswert früher Selbsterkenntnis hinzu, daraus auf jüdischer Seite eine Neigung entstehe, als Zensuren verteilender „Schulmeister“ aufzutreten.

<sup>76</sup> Dementsprechend wurde in den Medien immer wieder von dem „jüdischen Historiker“ oder dem „Historiker und Juden“ MW gesprochen, so als würde einem Historiker als solchem etwas für ihn Wesentliches aus der (in was immer bestehenden) Judaizität zuwachsen.

<sup>77</sup> *Abendzeitung* (München) vom 17. Februar 1993; siehe VD 203.

<sup>78</sup> „Ich kenne diese Leidensgeschichte (des jüdischen Volkes), aber ich leide nicht, habe selbst nie gelitten, weil ich erst 1947 geboren wurde, und ich habe das Leid nicht geerbt.“ Ich zitiere diese Sätze nicht wegen ihrer besonderen Originalität, sondern weil sie von MW publiziert wurden (*Keine Angst vor Deutschland!*, 28; siehe auch ebda., 13 sowie Ders., in: Günter Trautmann (ed.), *Die häßlichen Deutschen?*, Darmstadt 1991, 80; vgl. aber auch VD 8).

<sup>79</sup> So Axel Hacke in der *Süddeutschen Zeitung* vom 12. Oktober 1992 (siehe VD 200), Martin Schäfer in der *Abendzeitung* (München) vom 17. Februar 1993 (siehe VD 203) und MW selber (VD 221).

<sup>80</sup> Ignaz Bubis, damals Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagte dazu in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am 29. Mai 1993: Was ihn störe, sei die Tatsache, „dass die Lesungen über Jahre hinweg stattfinden konnten, ohne dass jemand protestiert hat. Wenn man etwas gegen diese Lesungen hat, sollte man sich sofort zu Wort melden.“

Die private und öffentliche Verleumdung eines Kollegen durch einen anderen ist so alltäglich, dass sie als solche ebenso wenig ein öffentliches Interesse verdient wie die gleichfalls alltägliche Tatsache, dass die Medien daraus eine Sensation gemacht haben, in welcher von den wenigen, am Anfang stehenden Fakten schließlich nichts mehr zu erkennen war. Drei Punkte aber verdienen öffentliche Aufmerksamkeit.

1) Da ist erstens die immer noch problematische Art der öffentlichen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Katastrophe. Im Nachkriegsdeutschland hatten sich mit den Jahren gleichsam zwei politische Denk- und Urteils-Schablonen herausgebildet, zwischen denen im allgemeinen und mehr oder weniger dezidiert gewählt wurde und durch deren Wahl man sich zugleich in ein bestimmtes „Lager“ begab.

a) Mit der einen Schablone, die in der Wolffsohn-Affäre für diesen selber und für die Medien bestimmend war, wurde kurzerhand alles in Bausch und Bogen und ohne nähere Prüfung verdammt, was mit dem Nationalsozialismus irgendwie in irgendeine angeblich affirmative Beziehung gebracht werden konnte. Wer in seinem Urteil von dieser Schablone abwich, geriet selber in „Faschismus“-Verdacht.<sup>81</sup> Entsprechend dieser Schablone waren selbstverständlich (hochschul-)öffentliche Lesungen aus *Mein Kampf* „unstatthaft“; von einer Wiederveröffentlichung des Buches ganz zu schweigen. Der Vorschlag, „Nazi-Kunst“ wieder – zumindest in einer einmaligen Ausstellung – zu zeigen, erschien bei dieser Schablone ebenfalls als politisch „untunlich“ und „instinktlos“.<sup>82</sup> Dem entsprach die stark verbreitete, obwohl empirisch kaum hinreichend begründete Ansicht, dass durch ein generelles Verbot, z. B. die These von der „Auschwitz-Lüge“ zu verbreiten, eine Wiederholung des in der These geleugneten Massenmordes eher verhindert würde als durch eine politisch-aufklärerische Auseinandersetzung mit denjenigen, welche selber eben dadurch öffentlich bekannt und somit für jedermann identifizierbar würden, dass sie die (nicht verbotene) These öffentlich verträten.

b) Der anderen Schablone bediente sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nur der äußerste rechte Rand des politischen Spektrums bzw. der Stammtisch. Seit den 1970er Jahren jedoch fand sie mehr und mehr Verbreitung. Spätestens im sogenannten „Historikerstreit“ der Jahre 1986 ff. war diese Schablone auch im Rahmen der etablierten Geschichtsschreibung hoffähig geworden.<sup>83</sup> Bei oberflächlicher Betrachtung besteht sie in der ganz unproblematischen, ja, selbstverständlichen Forderung, für das historische Verständnis und die Beurteilung der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit alle relevanten Fakten sowie deren angemessene Einordnung in die geschichtlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Tatsächlich zielt hier aber die scheinbar vorurteilslose Analyse der Fakten und deren (empirische) „Historisierung“ auf eine (moralische) Relativierung der NS-Zeit und entsprechende Entlastung von historisch bedingter Verantwortung.<sup>84</sup>

Eine Analyse der einschlägigen Texte ergibt, dass es da keineswegs um das werturteilsfreie Sammeln neuer Fakten zwecks besseren historischen Verständnisses geht, sondern um eine – zwischen Tatsachenfeststellungen und Werturteilen permanent oszillierende – Präparierung des Bodens, auf dem ein neues deutsches Nationalbewusstsein wachsen kann. Eben dieses Ziel verfolgt auch MW schon seit Jahren.<sup>85</sup> Wer hingegen Hitler nicht schlicht einen Schurken nennt, sondern vielmehr ein akademisches Publikum mit dem seit 1925 öffentlich vorliegenden

<sup>81</sup> Die Vertreter der anderen Schablone sprachen hier gerne von der „Faschismus-Keule“. So etwa Hans-Helmuth Knutter, *Die Faschismuskeule*, Berlin 1993.

<sup>82</sup> So sprach z. B. Jürgen Habermas von der „spektakulären Forderung des bekannten Mäzens, die Kunst der Nazizeit nicht länger unter ‚Zensur‘ zu stellen.“ (in dem Sammelband *Historikerstreit, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München / Zürich 1987, 245). – Hier ist nun erstens festzustellen, dass von einem zwingenden Zusammenhang zwischen kritikwürdiger politischer Einstellung und dann ebenso kritikwürdigem Kunstschaffen nicht die Rede sein kann und also jeweils Einzelprüfung erforderlich ist. Wenn man aber einmal annimmt, dass es eine typisch nationalsozialistische „Kunst“ gegeben hat, dann stellt sich doch zweitens die Frage, ob man von der in dieser Kunst zum Ausdruck kommenden Ideologie durch Verbergen und Verbannen „schützend“ fernhalten soll, anstatt im Gegenteil die Gelegenheit zu geben, in selbständiger Auseinandersetzung mit jener Kunst überhaupt erst kritisch zu erkennen, worin das zu meidende Gefährliche in ihr liegt. Im Hinblick auf den Zweck, politische Fehlritte zu verhindern, dürfte das Mittel, eigene Urteilsbildung zu verhindern, doch einigermmaßen kontraproduktiv wirken.

<sup>83</sup> Siehe dazu den erwähnten Sammelband *Historikerstreit*.

<sup>84</sup> Siehe dazu auch S. 44 ff. und 85 ff. und 228 ff.

<sup>85</sup> Siehe etwa VD 153-160.

und bis 1945 praktizierten mörderischen Programm dieses Schurken zwecks Aufklärung und Abschreckung wortwörtlich bekannt macht, stört die angestrebte nationale Idylle.<sup>86</sup>

2) Da ist zweitens das nicht zu übersehende Faktum, dass auch das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden weiterhin verkrampft und tabuisiert ist.<sup>87</sup> „Im Zweifel für den Juden“, heißt die Parole<sup>88</sup>, die nichts anderes als die Kehrseite der antisemitischen Medaille ist.<sup>89</sup> Und wenn, wie im hier erörterten Fall, ein Jude (im Sinne der Zugehörigkeit zum „Volk“ der Opfer) einen Deutschen (im Sinne der Zugehörigkeit zum „Volk“ der Täter) wegen angeblicher Hitler-Propaganda angreift, dann hat dessen Verteidigung, sei sie objektiv auch noch so gut begründet, keine Chance auf öffentliche Wirksamkeit.<sup>90</sup> Umgekehrt wäre es einem nicht-jüdischen bzw. einem jüdischen, aber sein Judentum nicht beständig herausstellenden Kollegen wohl kaum möglich gewesen, den unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen über mich den Wolffsohnschen Medienerfolg zu verschaffen.<sup>91</sup> Deshalb hätte sich auch der Bundesminister der Verteidigung vermutlich selbst dann, wenn MW nicht „Vorzeig Jude“<sup>92</sup> wäre, nicht gegen diesen auf meine Seite schlagen können, ohne einen öffentlichen Sturm der Entrüstung hervorzurufen.<sup>93</sup> Eben darin liegt der eigentliche Skandal, der Aufmerksamkeit verdient.<sup>94</sup>

---

<sup>86</sup> Ein von MW gezeichnetes Bild einer solchen Idylle findet sich in VD 135-151. Entsprechend heißt es – politisch alles andere als harmlos, auch wenn es sich so gibt – in VD 153 ff. („Um einen deutschen Nationalismus von innen bittend“): „Wie jeder andere Mensch wurde auch ich geboren, Lateinisch: natus sum. Natus sum – in eine Nation. Das Wort -Nation- [...] weist auf die schlichte, auf die (im wörtlichen Sinne) natürliche Tatsache hin, dass wir nicht nur in unsere kleine Familie hineingeboren werden, sondern zugleich in eine größere Gemeinschaft. Und diese größere Gemeinschaft, in die wir geboren werden, ist die jeweilige Nation [...] Ich spürte [...] Deutschland [war] mein natürlicher Boden, meine Natur – meine Nation. Natur und Nation. Beide Begriffe führen wieder auf das Lateinische natus sum zurück, auf die Geburt und damit auf das Leben schlechthin [...] Das Nationale als das Natürliche, als das Selbstverständliche, weil auch die Worte Lieben und Leben, to love and to live, eine gemeinsame Wortwurzel und damit auch eine gemeinsame seelische Wirklichkeit haben. Der Patriotismus, von dem ich spreche, ist also im ganz wörtlichen Sinne ein Nationalismus (natus sum). Und dieser Nationalismus ist etwas ganz Natürliches.“

<sup>87</sup> Mit gutem Grund äußert Nathan Sznajder den Wunsch. „Ich sehne mich nach den Tagen, wenn Gojim [Nicht-Juden] ohne (Mit)Leid Juden ausladen dürfen.“ (in *Die Welt* vom 27. November 1992).

<sup>88</sup> Ich bin mir durchaus darüber im klaren, dass angesichts dieser letzten acht Worte schon wieder sich irgend-ein Journalist finden wird, dem wie MW am „guten Image des neuen, demokratischen Deutschlands“ gelegen ist und der mich beschuldigen wird, durch „antisemitische“ Äußerungen das Ansehen Deutschlands „in den Dreck gezogen“ zu haben.

<sup>89</sup> Ich halte die – (selbst-)betrügerische – Haltung des Philosemitismus für unannehmbar sowohl aus moralischen Grundsätzen, weil sie genau wie der (erklärte) Antisemitismus die Juden als moralische Subjekte diskriminiert, als auch aus praktisch-politischen Gründen, weil eben diese Diskriminierung, indem sie sich (scheinbar) als Privilegierung gibt, jenem Antisemitismus in die Hände arbeitet. – Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Henryk Broder demnächst in den Medien verbreitet, auch ich hätte „das Ende der Schonzeit“ für Juden verkündet (siehe *Süddeutsche Zeitung* vom 28./29. November 1992), und mir abermals bescheinigt, dass ich mich von Juden gestört fühle.

<sup>90</sup> „Gegen einen deutschen Juden, der eine Hitler-Lesung bekämpft, lässt sich objektiv nur schwer argumentieren.“ (Herbert Riehl-Heyse in der *Süddeutschen Zeitung* vom 5. Juli 1993). Es überrascht daher nicht, dass es keinem deutschen Verlag gewinnträchtig erschien, eine diesbezügliche Streitschrift von mir zu veröffentlichen.

<sup>91</sup> MW (VD 230) zitiert einen nicht genannten Journalisten, der von einer nicht genannten Person angeblich den Satz hörte: „Hätten wir keinen jüdischen Kollegen, hätten wir diese Affäre nicht gehabt.“ Ob diese Äußerung, wie MW suggeriert, antisemitisch gemeint war, lässt sich aus ihr nicht erschließen. Zunächst formuliert sie lediglich eine – wie ich selbst hier behauptet habe – notwendige Bedingung für die Entstehung der Affäre. Aber selbstverständlich ist diese durch das „Judentum“ von MW ebenso wenig adäquat verursacht worden wie durch meine Lesungen. Dazu bedurfte es vielmehr der von MW gezielt eröffneten Verleumdungskampagne.

<sup>92</sup> So MW über sich selbst in der *Süddeutschen Zeitung* vom 12. Oktober 1992 (siehe VD 198). In *Keine Angst vor Deutschland!* (S. 27) schreibt er: „Es spräche [...] nicht gegen die Repräsentanten eines neuen Deutschlands, wenn sie Juden vorzeigen wollten.“ Nun, meines Erachtens ist eine solche Instrumentalisierung des Judentums u. U. nicht mehr allzu weit von dem berühmt-berüchtigten „Renommier-Neger“ früherer Studenten-Corps entfernt.

<sup>93</sup> Das Ministerium war ersichtlich in einer verzwickten Lage. In der Öffentlichkeit war ein Bild von der Münchener Universität der Bundeswehr entstanden, welches dem Ministerium unmöglich gefallen konnte. Zugleich war dem Ministerium bekannt, dass dieses Bild objektiv falsch war. Was also hätte näher gelegen, als auch und gerade seitens des Ministeriums sich hinter die Universität zu stellen und öffentlich zu erklären, jenes Bild sei falsch? Genau dies aber war aus bestimmten Gründen nicht möglich. Siehe dazu auch die Anmerkung 170.

<sup>94</sup> Es waren keineswegs bloß oder auch nur vornehmlich Juden (wie besonders Antisemiten gerne behaupteten), die für MW in die Bresche sprangen. Vielmehr schlugen sich gerade nicht-jüdische Deutsche auf seine Seite und attestierten ihm „Geduldssübung“ und Grund zur „Betroffenheit“, mir hingegen „Beleidigtsein und aggressive Wortgewalt“ (*Süddeutsche Zeitung* vom 12. Oktober 1992) und forderten von den „politisch aufgeklärten Deutschen“ MW gegenüber „Toleranz, Verständigungsbereitschaft und ein Quentchen Herzenstakt“ (so ein Leserbrief in der *Süddeutschen Zeitung* vom 31. Dezember 1992), während MW seinerseits sich noch in *Madame* vom Februar 1993

3) Da ist schließlich drittens – und im Hinblick auf die zukünftige politische Entwicklung Deutschlands von größtem öffentlichen Interesse – die Neigung zum „autoritären“ Staat, – nicht nur bei MW und seinen Sympathisanten, sondern auch bei Autoren in den sogenannten „liberalen“ Medien. Diese Neigung beginnt mit der Verbreitung von Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Lügen, von Gerüchten, Mutmaßungen und Unterstellungen; eben damit wird in der geistig-politischen Auseinandersetzung eine Waffe benutzt und salonfähig gemacht, die eigentlich die klassische Waffe der Tyrannenfreunde ist. Jene Neigung setzt sich fort in der gegenüber der eigenen Universität illoyalen unmittelbaren Kontaktpflege mit dem Verteidigungsministerium und in der daran geknüpften Erwartung von MW und fünf seiner Sympathisanten, dass der Minister die Affäre „nicht nur juristisch, sondern auch ethisch würdigen“ werde.<sup>95</sup> Und sie gipfelt in der Forderung nach einem „Einschreiten“ des Universitätspräsidenten<sup>96</sup>, des Senats<sup>97</sup>, des Sonderbeauftragten für die Universitäten der Bundeswehr, des Ministers<sup>98</sup>, kurz: eines „Führers“, der sagt, „wo’s lang geht“,<sup>99</sup> und das heißt hier: der die Lesungen aus *Mein Kampf* „untersagt“<sup>100</sup>; und – ganz grundsätzlich und, wenn erfolgreich, Deutschland um 200 Jahre in den Obrigkeitsstaat eines Woellner zurückwerfend – in dem Betreiben, die Autonomie der Universitäten abzuschaffen und deren Schicksal damit vollständig in die Hände der Kultusbürokratie (im Falle der Universitäten der Bundeswehr sogar in noch ungeeigneteren Händen) zu legen.<sup>101</sup>

Diese „authoritarian personalities“ sind gewiss (subjektiv) keine Verfassungsfeinde, wohl aber (objektiv) eine Gefahr für den die Freiheit garantierenden Rechtsstaat.<sup>102</sup> Vermutlich ohne

---

vorwarf, in Bezug auf mich (und also mit Bezug auf „Geschmack“, „Instinkt“ und „Feingefühl“) sei seine „Toleranz deutlich zu weit gegangen. Wenngleich mir klar war und ist, dass der Kollege kein Antisemit oder Neonazi ist.“

<sup>95</sup> In einer Erklärung an die Mitglieder der Universität vom 20. März 1993. Diese Äußerung wurde von MW in der Veröffentlichung (VD 228) ohne Kennzeichnung weggelassen.

<sup>96</sup> Der Journalist Hacke „staunt“ sogar darüber, dass der Präsident der Universität der Bundeswehr „der akademischen Freiheit wegen eine solche Veranstaltung nicht *untersagen* würde“. (Siehe VD 200; Hervorhebung von mir) Und MW selber: Wer sich, wie der Präsident der Universität der Bundeswehr, zu meinen Lesungen bekenne „und so etwas wieder *zuließe*, ist der falsche Mann.“ (*Madame*, Februar 1993; siehe VD 248; Hervorhebung von mir) – MW und seine Sympathisanten warfen dem (aufgrund seiner empirischen Kenntnis meiner Lesungen und des Rechts auf Freiheit von Forschung und Lehre nichts gegen mich unternehmenden) Präsidenten u. a. vor, „ohne erkennbare Notwendigkeit in dem Streit [...] die *Partei* Prof. Geismanns ergriffen und seine *Sorgepflicht* für Prof. Wolffsohn in für diesen kränkender Weise vernachlässigt zu haben“ (VD 228; Hervorhebung von mir).

<sup>97</sup> Siehe VD 207.

<sup>98</sup> Siehe VD 202, 203, 204, 218 f., 226 Nach dem Scheitern des Versuchs, mich mit Hilfe des Präsidenten zumindest aus dem Amt des Dekans zu entfernen, forderte MW den Bundesminister der Verteidigung auf, gegen den Präsidenten disziplinarisch vorzugehen. (VD 205).

<sup>99</sup> Dazu passt auch eine peinliche Larmoyanz, wenn ihm weder Recht noch Dank, weder Bestätigung noch Fürsorge noch Zustimmung zuteil werden und er sich „im Stich gelassen“ und eben in „kränkender Weise vernachlässigt“ wähnt (siehe für Einzelheiten VD 222-230; vgl. auch 158). Dann kommt es bei ihm zu einer „Dolchstoß“-Legende, in der für ihn nur noch die „Protokolle der Weisen von Zion“ fehlen (siehe VD 226; 230). Dabei hatte er eben noch ein Schreiben des Dankes, Bedauerns und Verständnisses vom Bundesminister der Verteidigung bekommen (siehe VD 226) und vorher sogar trotz seiner Affäre dem Bundeskanzler die Lobeshymne zur 10-jährigen Amtszeit singen dürfen (siehe VD 135-151). Auch war er vom Ministerium, sogar unter Nichtbeachtung des Willens, also der Autonomie seiner eigenen Fakultät, zum C3-Professor ernannt worden (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juli 1993).

<sup>100</sup> So Hacke in der *Süddeutschen Zeitung* vom 12. Oktober 1992; siehe VD 200. Anfang März 1994 wurde mir zugetragen, dass MW dem Dekan bzw. Fachbereichsrat meiner Fakultät schon wieder ein *Eingreifen* mir gegenüber angedenken habe. Anlass dafür war meine (am 29. März 1994 verwirklichte) Ankündigung, im Rahmen meines Seminars zur Politischen Philosophie der Gegenwart hochschulöffentlich „Texte zur Deutschen Katastrophe“ zu lesen (herunterzuladen über [www.georggeismann.de](http://www.georggeismann.de)), wobei sogar offen gelassen war, um welche Art von Texten es sich handeln werde und welche Katastrophe ich überhaupt im Sinne hatte. (Es waren Texte von Julius Ebbinghaus, Hitler, Heidegger, Carl Schmitt, Ernst Forsthoff, Hans Globke, Theodor Maunz, Himmler, Siegfried Einstein, Peter Malkin, Peter Weiss, Paul Celan, Nelly Sachs, Brecht und – zu etwa einem Drittel – von mir selbst.) Interessanterweise hat dieses Mal die Universitätsleitung tatsächlich „eingegriffen“ und zunächst den Druck jener Ankündigung im Veranstaltungskalender der Universität verhindert und dann für den Druck des vorliegenden Textes durch die Universitätsdruckerei regelwidrig zwecks Genehmigung die Vorlage des Textes verlangt. Was an meinen Lesungen schädlich gewesen sein soll, ist unerfindlich; anders verhält es sich in Bezug auf die geübte Zensur.

<sup>101</sup> „Oft denke ich (schon seit 1968 ff), dass die Autonomie der Universitäten heute nur noch ein begrenzter Segen ist, eigentlich keiner.“ (So MW in einem Brief vom Oktober 1992 an zwei leitende Bonner Ministerialbeamte; vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juli 1993).

<sup>102</sup> Laut MW gibt es „in Deutschland eine Einstellung, die aus dem subjektiven Glauben, Antifaschist zu sein, ableite, sich über Spielregeln hinwegsetzen zu können [gemeint ist wohl: dürfen], die in diesem Fall lauten müssten: An einer Bundeswehr-Universität kann [gemeint ist wohl: darf] es Lesungen aus ‚Mein Kampf‘, welcher Art immer,

es zu merken, sind sie mit ihrem eigenen Handeln einschließlich ihrer geäußerten Erwartungen und Forderungen auf dem Weg in eben jene politische Welt, über die aufzuklären und vor der zu warnen ich (auch und ziemlich nebenbei) mit meinen Lesungen aus *Mein Kampf* zweifelt versuche; – auf dem Weg in ein Deutschland, das meins nicht ist und niemals sein kann.

### III. Nachtrag

In seiner am 21. Juni 2012 an der Universität der Bundeswehr München gehaltenen Abschiedsvorlesung mit dem Tenor ‚Ich und der Rest der Welt‘ griff Michael Wolffsohn sein Affäre-Thema ein weiteres Mal auf, und wie schon früher scheute der Historiker auch jetzt, um sich ins rechte Licht zu setzen, nicht vor Klitterung und Falschaussage zurück.

So behauptete er etwa, meine Lesungen aus „Mein Kampf“ seien „ohne jeden Kommentar“ erfolgt. Er wusste aber genau, dass ich den Lesungen stets mit einleitenden Worten ihre Funktion bestimmte und dass vor allem darüber mit dem Publikum eine lange Diskussion stattfand, die zumindest meinerseits nichts anderes als ein Kommentar war.

Diese seine falsche Behauptung kommentierte er dann allen Ernstes wie folgt: „Das unkommentierte Verbreiten nationalsozialistischen Un-Gedankengutes ist eigentlich strafbar. Wenn zudem Professor ABC, erst recht ein linker, den „Mein Kampf“-Krampf allgemeinverständlich, unkommentiert und straffrei vorträgt, kann und darf man Gleiches in einem Rechtsstaat nicht nur gesetzlich, sondern auch rechtssystemisch den rechten Herrn und Frau XYZ nicht verwehren.“ Offenbar gelingt es Wolffsohn auch im hohen Alter noch nicht so recht, den Prinzipien eines freiheitlichen Rechtsstaates Verhaltensrelevanz abzugewinnen.

Dann erklärte er, wer für die Affäre verantwortlich war: „Dekan, Präsident, Fakultät und Universität machten daraus [aus seinem „zunächst nur fakultätsinternen Protest“] eine Haupt- und Staatsaktion, die nationale Wellen schlug. Am Ende der „Mein-Kampf“-Affäre schwappte die eine Welle außeruniversitärer Empörung den Dekan hinweg die andere den Präsidenten“. Hier präsentierte Wolffsohn eine glatte Lüge. Er hat stets gewußt, dass der Dekan für seine Bereitschaft, das Dekanat zu übernehmen, im Dezember 1991 die Bedingung gestellt hatte, es nur für ein Jahr statt der üblichen zwei Jahre ausüben zu müssen. Und eben während dieses ganzen Jahres hat er ohne irgendein Weggeschwapptsein sein Amt ausgeübt. Dann wurde verabredungsgemäß, wie er es gewollt hatte, ein neuer Dekan gewählt.

Wolffsohn kam dann auf die Folter-Affäre, in die er geraten war, zu sprechen.

„Im Frühjahr 2004 wurde mir unterstellt, ich hätte in einem Fernsehinterview die Anwendung von Folter befürwortet. Das stimmte zwar nicht und schon gar nicht so, aber als Sozialwissenschaftler wissen wir: Nicht Fakten zählen, sondern auf Vorurteilen basierende Wahrnehmungen.“ Wozu eigens „Sozialwissenschaftler“? Hatten nicht in der nach ihm benannten Affäre er selbst und seine Mitstreiter dies nicht längst für jedermann zur Genüge gezeigt?

„Natürlich nur fürs Gute und Beste eintretend, motivierte die Kollegin-später-Präsidentin mit wackeren Mitkämpfern die meisten damaligen Fakultätskollegen sowie die Hochschulleitung dazu, mich öffentlich, also auch außeruniversitär, als Quasi-Folterknecht zu brandmarken.“ Der Brief, den ich der damaligen Dekanin von Wolffsohns Fakultät am 12. Mai 2004 aus meinem Domizil in Italien (ich war seit langem im Ruhestand) geschickt und in welchem ich wenige Tage nach den ersten gegen Wolffsohn gerichteten öffentlichen Angriffen für ihn Partei ergriffen habe, hatte folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrte Frau Dekanin!

---

nicht geben.“ (VD 200) MW sagt nichts über den moralphilosophischen Status dieser Spielregeln, also darüber, ob es sich um juristische oder ethische oder bloß um empirisch bedingte Klugheits-Regeln handelt, und entsprechend auch nichts über den Charakter ihrer Verbindlichkeit. Mir sind diese Regeln gar nicht bekannt. Vermutlich handelt es sich um genau diejenigen Regeln, die MW gerne dekretieren möchte und von denen er hier bloß so redet, als „gälten“ sie bereits. Gewiss ist jedoch, dass er sie nur unter Verletzung verbindlicher juristischer Regeln (auch des positiven Verfassungsrechts) dekretieren und durchsetzen könnte. – In dieses Bild passt auch MWs hohe Lob gegenüber der für ihn ansonsten „zahnlosen“ Polizei (siehe VD 142), weil sie während des Weltwirtschaftsgipfels in München im Sommer 1992 „zugeschnappt“ habe, und die Tatsache, dass eben diesem Polizeieinsatz später vom Landgericht München teilweise Verletzung des Versammlungsrechts, der Bewegungs- und Meinungsfreiheit sowie der Menschenwürde attestiert worden ist.

Soeben erfahre ich, daß Herr Professor Michael Wolffsohn in einem Fernseh-Interview gesagt haben soll: „Als eines der Mittel gegen Terroristen halte ich Folter oder die Androhung von Folter für legitim. Jawohl.“ Mit den „herkömmlichen Methoden“ komme man nicht aus, weil der Terror „im Grunde genommen mit den normativen Grundlagen, also mit den Bewertungsgrundlagen unserer zivilisierten Ordnung, überhaupt nichts mehr zu tun hat.“

Ich kann die Richtigkeit dieser Information nicht überprüfen und möchte deshalb dazu auch nicht Stellung beziehen. Aber ich erfahre zugleich, daß u. a. von Bundestagsabgeordneten und anderen Politikern gefragt werde, was der Minister zu tun gedenke, um derartige Ansichten nicht für die Verbreitung in seinem Verantwortungsbereich zuzulassen, wie weit die Freiheit der Wissenschaft auf einer Bundeswehr-Hochschule reiche und daß Herr Wolffsohn hinlänglich deutlich mache, daß seine Ansicht auch nicht ansatzweise zur Lehrmeinung an der Bundeswehr-Hochschule in München gehöre.

In meinem Bericht (1994) über die „Affäre Wolffsohn“ von 1992 habe ich im Hinblick auf die zukünftige politische Entwicklung Deutschlands von einer verbreiteten Neigung zum „autoritären“ Staat, – nicht nur bei Herrn Wolffsohn und seinen Sympathisanten, sondern auch bei Autoren in den sogenannten „liberalen“ Medien – gesprochen. Diese Neigung – so mein Ergebnis damals – gipfelte (vorerst) in der Forderung nach einem „Einschreiten“ des Universitätspräsidenten, des Senats, des Sonderbeauftragten für die Universitäten der Bundeswehr, des Ministers, kurz: eines „Führers“, der sagt, „wo’s lang geht“, und – ganz grundsätzlich und, wenn erfolgreich, Deutschland um 200 Jahre in den Obrigkeitsstaat eines Wöllner zurückwerfend – in dem Betreiben, die Autonomie der Universitäten abzuschaffen und deren Schicksal damit vollständig in die Hände der Kultusbürokratie (im Falle der Universitäten der Bundeswehr sogar in noch ungeeignete Hände) zu legen. So hat Herr Wolffsohn selber in einem Brief vom Oktober 1992 an zwei leitende Bonner Ministerialbeamte erklärt: „Oft denke ich (schon seit 1968ff), dass die Autonomie der Universitäten heute nur noch ein begrenzter Segen ist, eigentlich keiner. Dass Ihnen die Hände bislang gebunden waren, verstehe ich sehr gut.“

In meiner 1996 an der Universität der Bundeswehr München gehaltenen Abschiedsvorlesung<sup>103</sup> habe ich zugunsten des von mir schärfstens angegriffenen Herrn Seidlers, zwar nicht als eines Autors, wohl aber als eines Staatsbürgers, in aller Deutlichkeit Partei ergriffen und erklärt: „Manche von denen, die sich geräuschvoll über ihn empören, erwarten vom Verteidigungsminister disziplinarische Maßnahmen oder gar ein Lehrverbot. Mit dieser obrigkeitsstaatlichen Mentalität stehen sie dem Objekt ihrer Empörung sehr nahe, mögen sie auch „grün“ oder „rot“ drapiert daher kommen.“

Meine Parteinahme möchte ich heute wiederholen und die Fakultät ermuntern und auffordern, sich jedem Versuch, die Autonomie der Universität infrage zu stellen, energisch zu widersetzen. Eine Beschädigung der Freiheit der Wissenschaft tangiert unsere Republik als solche. Die Forderung nach einer kontrollierten Lehrmeinung an der Universität ist absolut inakzeptabel.

Sollte Herr Wolffsohn jene unsäglichke Äußerung wirklich getan haben, so wird sie ohnehin ebenso rasch vergessen sein wie seine anderen Äußerungen. Auch mag der Staatsanwalt prüfen, ob er „einzuschreiten“ verpflichtet ist. Und die Mitglieder der Fakultät mögen sich, wenn sie es für das Bild der Universität der Bundeswehr München in der Öffentlichkeit für erforderlich erachten, von jener Äußerung distanzieren, freilich nur jeder für sich und ohne den Eindruck zu erwecken, als handele es sich dabei um eine – gleichsam auf Vordermann gebrachte – einheitliche Lehrmeinung.

Ich bitte Sie, dieses Schreiben den Kollegen bekannt zu geben.“

Diesen Brief verschwieg Wolffsohn vornehm. Stattdessen fuhr er fort: „Pranger und Maulkorb hielt die Kollegin-Präsidentin in einem anderen Fall für das geeignete politische Instrument. Im Sommer 2011 drückte sie ohne Richtigkeit und Rechtsgrundlage drei unbescholtenen Redakteuren unserer Studentenzeitung hochschulöffentlich das Etikett „rechtsextrem“ auf und setzte alle Hebel in Bewegung, um die Angeprangerten ihres Postens zu entheben.“ Ach, hatte er nicht selber in der nach ihm benannten Affäre seiner „Kollegin-Präsidentin“ gleichsam vorexerziert, wie man ohne Richtigkeit und Rechtsgrundlage einem unbescholtenen Kollegen hochschulöffentlich ein Etikett aufdrückt?

Mehr ist dazu nicht zu sagen.

---

<sup>103</sup> „»Befehl ist Befehl.« Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit“; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 6 (1996), 601-622.

